



Imperialer Neoliberalismus: Syrien und die Europäische Nachbarschaftspolitik

von Jürgen Wagner

Kämpfer der Freien Syrischen Armee in Homs. Foto: Bo yaser über Wikipedia

Inhalt :

1. Imperial-Neoliberale Nachbarschaftspolitik	2
2. EU-Assoziationsabkommen: Neoliberale Blaupause	4
3. EU-Hilfe für den neoliberalen Umbau	6
4. Fallbeispiele: ISMF und die Rolle der GTZ.	7
5. Katastrophe mit Ansage. Der wirtschaftliche Umbau Syriens unter Assad und die Folgen.	8
6. Liberalisierungspläne für die Zeit nach dem Bürgerkrieg	9
7. Verrat an der Revolution	10

Für einigen Wirbel – und berechtigte Empörung - sorgte Ende Mai 2012 die Meldung, die westlichen Vorbereitungen für einen marktliberalen Umbau Syriens nach dem Sturz des Präsidenten Baschar al-Assad seien bereits auf Hochtouren angelaufen, wobei Deutschland eine Führungsrolle einnehme.¹ Überraschen kann dies allerdings kaum: Schließlich bewegen sich die westlichen Staaten hier auf bekannten und bereits ausgetretenen Pfaden: Seit vielen Jahren hat die Europäische Union im Rahmen ihrer Nachbarschaftspolitik die Agenda des bereits unter Assad begonnenen Liberalisierungskurses maßgeblich mitbestimmt und dessen Umsetzung mittels Fördergelder und Implementierungsprojekten massiv unterstützt. Wie sich nun jedoch abzeichnet, soll der neoliberale Umbau des Landes künftig nicht nur ungebrochen fortgesetzt, sondern womöglich sogar beschleunigt werden.

Dies mag zwar den wirtschaftspolitischen Präferenzen der westlichen Staaten entsprechen, für den Konflikt in Syrien ist es aber so hilfreich, wie ein Feuer mit Benzin löschen zu wollen. Denn die durch Assads „Reformen“ verursachte Verarmung breiter Bevölkerungsschichten stellte eine der wesentlichen Rahmenbedingungen dar, die zum Ausbrechen des Aufstandes gegen die syrische Regie-

rung im Februar 2011 beigetragen haben – ein Phänomen, das auch auf andere Staaten des südlichen EU-Nachbarschaftsraums zutrifft: „Die gegenwärtigen arabischen Aufstände sollten deshalb nicht nur als Anfechtung des arabischen Autoritarismus gesehen werden, sondern auch als Anfechtung der Abhängigkeit vom Westen.“² Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) steht somit vor einem Scherbenhaufen, den sie selbst angerichtet hat, sie bedarf einer Generalrevision, die die Interessen der Nachbarländer und nicht die der Europäischen Union in den Mittelpunkt rückt. Stattdessen wird jede wie auch immer geartete Form der Eigenverantwortung konsequent geleugnet, auch und gerade in Syrien: „Während der Westen die Unruhen in Syrien weitgehend als politisch motiviert interpretiert, wird die eigene Rolle daran durch die Förderung wirtschaftlicher Reformen und sozialer Härten zumeist abgestritten.“³

Dieser Eigenverantwortung der Europäischen Nachbarschaftspolitik soll im Folgenden nachgegangen werden. Hierfür werden zunächst die generellen Ziele der Europäischen Nachbarschaftspolitik, ihre imperialen Absichten und neoliberalen Prämissen, in den Blick genommen (Kapitel 1). Anschließend soll gezeigt werden, wie diese neoliberal-imperiale Politik gegenüber Syrien zunächst per Assoziationsabkommen vertraglich fixiert wurde (Kapitel 2). Darauf aufbauend wird beschrieben, wie die Umsetzung der wirtschaftsliberalen Agenda in weiteren Dokumenten konkret ausgeplant wurde – nebst finanzieller und logistischer „Hilfe“ für zahlreiche hiermit befasste Einzelprojekte (Kapitel 3). Anhand zweier Fallbeispiele soll anschließend gezeigt werden, wie die Europäische Union mit konkreten Projekten die neoliberale Umstrukturierung Syriens forciert hat (Kapitel 4). Daraufhin werden die sozialen Verwerfungen der seitens der Europäischen Nachbarschaftspolitik forcierten Liberalisierungspolitik unter Assad betrachtet und ihre Mitverantwortung für das Ausbrechen der Proteste thematisiert (Kapitel 5).

Angesichts der – maßgeblich mitverursachten – Aufstände in Syrien und der Region stellt sich aus Sicht der Europäischen Union vor allem folgende Kernfrage: Wie kann gewährleistet werden, dass aus den revolutionären Prozessen nicht Kräfte hervorgehen, die eine Alternative zur neoliberalen Europäischen Nachbarschaftspolitik und den von ihr geschaffenen imperialen Abhängigkeitsverhältnissen etablieren wollen? In Syrien gelang dies – zumindest vorläufig – über die westlicherseits massiv betriebene Militarisierung der Proteste, die zu einer Marginalisierung der progressiven Kräfte führte. Gleichzeitig wurde alles dafür getan, mit dem „Syrischen Nationalrat“ (SNC) einen Akteur zur dominierenden Kraft der Aufstandsbewegung zu machen, der augenscheinlich gewillt ist, den politischen und wirtschaftlichen Präferenzen der Europäischen Union weit entgegenzukommen, indem u.a. der Liberalisierungskurs auch nach einem Sturz Assads fortgesetzt werden soll (Kapitel 6). Im abschließenden Fazit wird zusammenfassend festgestellt, dass Deutschland und die Europäische Union aus geostrategischen und ökonomischen Gründen mit ihrer Politik gezielt Verrat an den sozialen Inhalten der Revolution betreiben (Kapitel 7).

I. Imperial-Neoliberale Nachbarschaftspolitik

Mit dem Untergang der Sowjetunion Anfang der 1990er Jahre eröffneten sich für die Europäische Union erstmals Möglichkeiten zur Ausweitung ihres Macht- und Einflussbereichs, die zuvor in dieser Form nicht existiert hatten.⁴ Die Gelegenheit zur Expansion war also günstig und sie wurde zielstrebig ergriffen.⁵ Allerdings hat sich die Europäische Union im Zuge dessen grundlegend verändert, weshalb sie mittlerweile nicht von ungefähr immer häufiger mit einem Imperium verglichen wird.⁶ Selbst hohe EU-Politiker wie EU-Kommissionschef José Manuel Barroso bedienen sich

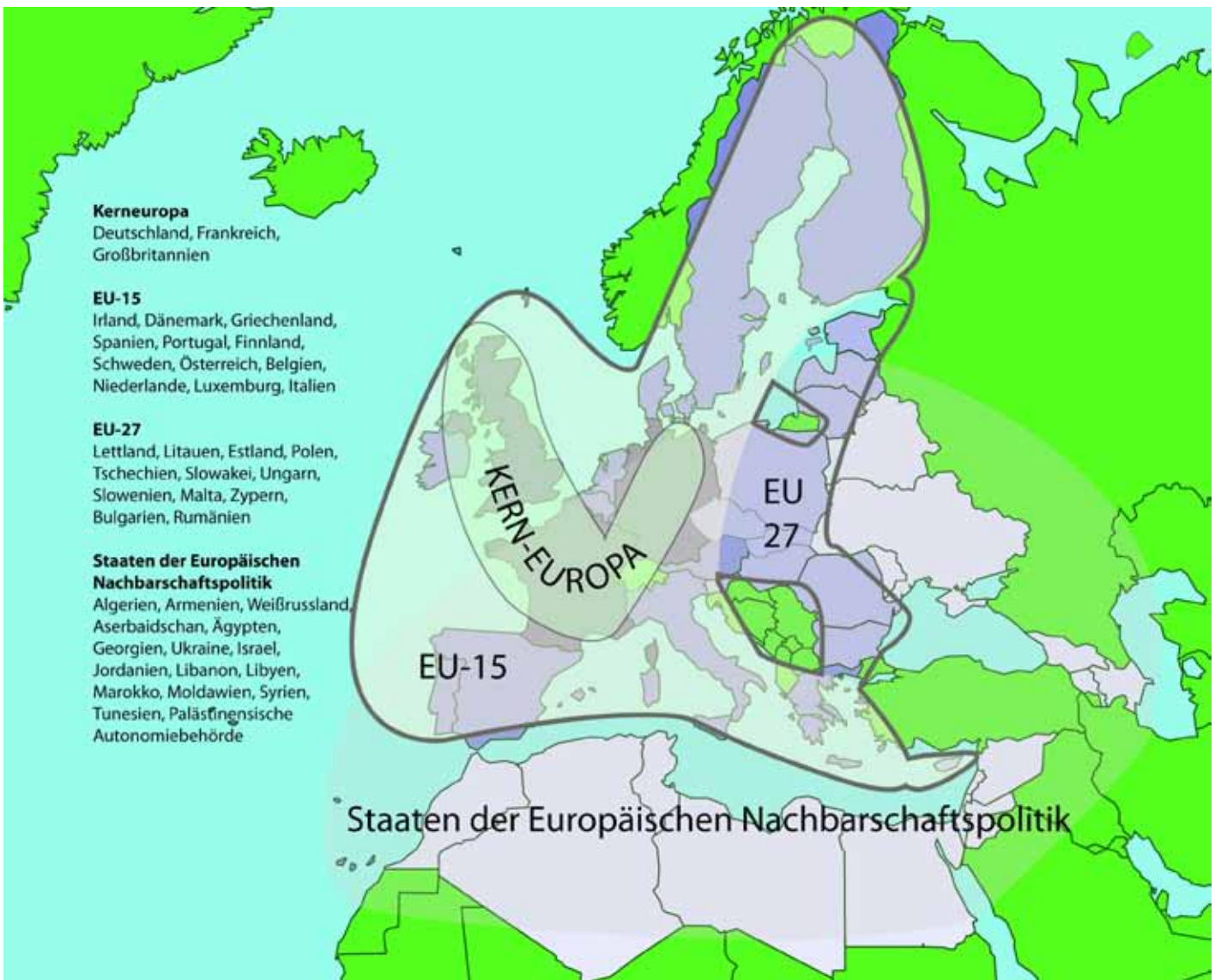
mittlerweile ohne falsche Scheu dieser Begrifflichkeit.⁷ Solche Einschätzungen entstehen nicht im luftleeren Raum, sondern tragen lediglich der Tatsache Rechnung, dass die Europäische Union durch ihren Ausdehnungsprozess mittlerweile über alle wesentlichen Merkmale eines Imperiums verfügt. Dazu gehören insbesondere ein ausgeprägtes Zentrum-Peripherie-Gefälle, ein kontinuierlicher Expansionsdrang sowie die Bereitschaft, Gewalt zur Aufrechterhaltung der imperialen Ordnung anzuwenden.⁸

Die erste Expansionsphase erfolgte in Form der EU-Osterweiterung, die mit der Verabschiedung der Kopenhagener Kriterien im Jahr 1993 auf den Weg gebracht wurde. Dieser Prozess war mit der 2002 beschlossenen und zwei Jahre darauf vollzogenen Aufnahme von zehn Staaten in die Europäische Union weitgehend abgeschlossen.⁹ Ziel der Osterweiterung war es, den eigenen Einflussbereich auszudehnen und zugleich den großen westeuropäischen Konzernen – weitgehend exklusive – Investitions- und Absatzmärkte zu erschließen. Hierzu diente die Predigt des neoliberalen Evangeliums von offenen Märkten, Freihandel und Wettbewerbsgleichheit. Die dabei gepflegte Rhetorik erscheint auf den ersten Blick Begriffe wie Gleichheit und Fairness zu betonen, wodurch die tatsächlichen Absichten verschleiert werden: „Die Freihandelsförderung war historisch immer das Vorrecht der Mächtigen. Und die Förderung und Aufrechterhaltung der Ungleichheit war immer eine Voraussetzung für das erfolgreiche Funktionieren der auf Freihandel basierenden kapitalistischen Marktwirtschaft. [...] Die Evozierung der Prinzipien der sportlichen Fairness und des unbehinderten Wettbewerbs, ignoriert aber die schreiende Disparität der wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse im globalen Handel.“¹⁰

Dennoch – oder besser: deswegen – wurde von den Kandidatenländern im Verlauf des Beitrittsprozesses der umfassende neoliberale Umbau des Wirtschaftssystems – insbesondere durch die Privatisierung (sprich: Verschleuderung) staatseigener Betriebe sowie der Abbau von Zoll und Handelsschranken – zur unverhandelbaren Vorbedingung für eine Aufnahme in die Europäische Union gemacht.¹¹ Die Folgen waren ebenso tief greifend wie verheerend: die osteuropäischen Staaten waren der übermächtigen westeuropäischen Konkurrenz schutzlos ausgeliefert und wurden regelrecht ausgebeutet. Im Ergebnis wurden sie jeglicher Perspektive beraubt, in absehbarer Zeit eine Angleichung des Wohlstandsniveaus an die westeuropäischen Länder erreichen zu können.¹²

Erfolg liegt bekanntlich im Auge des Betrachters: Befragt man die Betroffenen, dürfte die Einschätzung abweichen, aber aus Sicht der Machthaber in Brüssel war das Erweiterungsprojekt überaus positiv verlaufen – mehr davon lautete demzufolge die Devise zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Ein Problem stellte sich jedoch, das es unmöglich machte, in der bisherigen Form weiterzufahren: der Beitritt weiterer, vor allem bevölkerungsreicher Länder würde die in zähen Verhandlungen im Europäischen Verfassungsvertrag aus dem Jahr 2003 – dem späteren Vertrag von Lissabon – verankerte massive Machtverschiebung zugunsten der EU-Großmächte konterkarieren. Da dies aber gerade für Deutschland eine der wesentlichen „Errungenschaften“ des Vertragswerks darstellt, steht eine neuerliche formale Erweiterungsrunde – abseits einiger weniger kleinerer Länder – nicht ernsthaft zur Debatte.¹³ Neue Wege zur Ausweitung der EU-Einflussphäre mussten deshalb gesucht und gefunden werden: „Schon vor dem Vollzug der Osterweiterung 2004 setzten in der EU-Kommission Überlegungen ein, wie es danach weitergehen sollte. Klar war aber auch, daß ein abruptes Ende der Expansionsdynamik nicht im Interesse der EU sein konnte.“¹⁴ Das Ergebnis dieser Überlegungen ist die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP), deren Intention über die Formel „Expansion ohne Erweiterung“ treffend beschrieben ist.

Die Arbeiten an der ENP wurden bereits im November 2002 auf-



Europa der „konzentrischen Kreise“, Grafik: IMI.

genommen und die Ergebnisse von der EU-Kommission in Form des Papiers „Größeres Europa“ im März 2003 veröffentlicht. Das Dokument steckte erstmals den Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik ab, die ein Jahr später auch offiziell so benannt wurde und die sich gegenwärtig auf 16 Staaten erstreckt.¹⁵ Kurz nach ihrem Start beschrieb die damalige EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner die Ziele der Nachbarschaftspolitik folgendermaßen: „Um die politischen und wirtschaftlichen Vorteile der Erweiterung mit unseren neuen Nachbarn zu teilen, haben wir die Europäische Nachbarschaftspolitik konzipiert. Mit dieser Politik etablieren wir einen ‚Ring von Freunden‘ entlang der Grenzen der erweiterten EU. Das ist ein geostrategisches Schlüsselprojekt für Europa. Diese Zone der Stabilität und des Wohlstandes soll von Osteuropa über den Kaukasus und den Nahen Osten quer durch den gesamten Mittelmeerraum reichen.“¹⁶

Die Nachbarschaftspolitik ist nahezu deckungsgleich mit dem Verfahren der Osterweiterung¹⁷, an einer entscheidenden Stelle weicht sie aber ab - und dies ist der Trick, mit dem das „Problem“ der Machtbalance gelöst wurde. Denn den teilnehmenden Ländern wird keinerlei Beitrittsperspektive und damit keine Aussicht auf substantielle Mitspracherechte auf die Politik der Europäischen Union eröffnet. Hierzu heißt es lapidar im Papier „Größeres Europa“: „Die durch Nähe und Nachbarschaft aufgeworfenen praktischen Fragen sind getrennt von der Frage der Aussicht auf einen EU-Beitritt zu beantworten.“¹⁸ Allein hier tritt bereits ein

asymmetrisch-imperialer Charakter zu Tage, der sich allerdings wie ein roter Faden durch sämtliche Aspekte der Europäischen Nachbarschaftspolitik zieht.

Besonders deutlich wird dies anhand des „Verhandlungsprozesses“, der zunächst auf den Abschluss eines Assoziationsabkommens zwischen der Europäischen Union und einem ENP-Land abzielt, das die allgemeinen Zielsetzungen vorgibt. Darauf aufbauend werden Länderstrategiepapiere (Zeitraum: sieben Jahre) und Nationale Indikativprogramme (zwei bis drei Jahre) sowie Aktionspläne (ein bis zwei Jahre) ausgearbeitet, in denen eine Reihe von Maßnahmen und Projekten zur Umsetzung der Assoziationsabkommen anvisiert und hierfür Gelder eingestellt werden.¹⁹ Allerdings kann hierbei von Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe keinerlei Rede sein: Die Assoziationsabkommen und sämtliche weiteren Dokumente werden mehr oder weniger unveränderbar zur Unterschrift vorgelegt: „Im Vorfeld festgelegte Politiken müssen akzeptiert werden und vorab definierte europäische Werte werden gegenüber den lokalen Werten der Nachbarn als überlegen erachtet.“²⁰ Gleichzeitig folgen die Abkommen einem Schema-F-Prinzip: Die länderspezifischen ENP-Dokumente weisen außerhalb der Staatennamen kaum Unterschiede auf.²¹ Dennoch werden die Vereinbarungen – wie bereits bei der EU-Osterweiterung – mit jedem Land einzeln auf den Weg gebracht, was deren Verhandlungsposition natürlich massiv beeinträchtigt. Für viele dieser Länder ist die Europäische Union zudem ein, häufig sogar der wichtigste Handelspartner, wes-

halb es nur schwer möglich ist, sich den Wünschen aus Brüssel zu widersetzen.²²

Diese Zentrum-Peripherie-Struktur ist auch und gerade im südlichen Nachbarschaftsraum zu beobachten²³: „Die EU dominiert die Partnerschaft, bei der die europäische Seite stets die Initiative ergreift. [...] Von den Staaten Nordafrikas und des Mittleren Ostens wird schlichtweg erwartet, Standards und Praktiken zu gehorchen, die die EU ihnen zulasten ihrer Souveränität aufgenötigt hat.“²⁴ Erst nachdem Brüssel die Umsetzung der einseitig diktierten Vorgaben für zufriedenstellend erachtet, kann eine weitere Annäherung an die Union erfolgen: „Im Gegenzug zu nachgewiesenen konkreten Fortschritten bei der Verwirklichung der gemeinsamen Werte und der effektiven Umsetzung politischer, wirtschaftlicher und institutioneller Reformen, u.a. bei der Angleichung an den Besitzstand, sollten die Nachbarstaaten der EU in den Genuss einer engeren wirtschaftlichen Integration mit der EU kommen.“²⁵ Durch die fehlende Beitrittsperspektive ist dieses dezidiert asymmetrische Verhältnis auf Dauer angelegt, wodurch eine klassisch imperiale Struktur etabliert wurde: „Die EU-Mittelmeerpolitik zielt weniger auf Partnerschaft als auf Assimilierung des Südens für die neoliberalen Praktiken des Nordens ab, was die Rekonstruktion einer Nabe-Speiche-Struktur befördert, die typisch für die imperiale Ära war. [Die EU-Politik] ist gefangen zwischen einer postkolonialen Rhetorik und einer neokolonialen Praxis.“²⁶

Die Europäische Nachbarschaftspolitik zeichnet sich also tatsächlich durch ein ausgeprägtes Zentrum-Peripherie-Gefälle aus, wobei diese imperiale Struktur teils offen eingestanden wird.²⁷ Gleichzeitig wird dabei aber häufig argumentiert, dies geschehe ja im Interesse der Nachbarländer, die ansonsten nicht genügend Anreize hätten, wichtige Reformen umzusetzen. Sollten dabei eigene Interessen bedient werden, so sei dies allenfalls ein nicht-intendierter Nebeneffekt der an und für sich rein altruistischen Nachbarschaftspolitik. So oder ähnlich lauteten in etwa die Aussagen während eines Interviewprojektes, bei dem über 60 mit der ENP befasste hohe EU-Beamte und Regierungsvertreter anonymisiert befragt wurden: „Als sie in der Frage gedrängt wurden, ob die ENP wirklich so ungeopolitisch ist [wie behauptet], da sie ja den Effekt hat, die europäische Einflussosphäre auszuweiten, antworteten meine Interviewpartner, dass die EU nicht danach strebe, die Nachbarschaft zu dominieren. Ja, die ENP hat den Effekt, die europäische Einflussosphäre zu erweitern und zu konsolidieren, aber das sei nicht das Ziel der Politik.“²⁸ Lediglich ein einziger Gesprächspartner antwortete völlig offen: „Selbstverständlich geht es bei der ENP um Geopolitik. Ich würde meinen Job verlieren, wenn ich das öffentlich sagen würde, aber es sollte jedem Idioten klar sein, dass die ENP eine Einflussosphärenpolitik darstellt.“²⁹

Nahezu alle anderen Befragten gaben jedoch an, das Ziel bestehe darin, „Europas Werte“ zu verbreiten. Auf die Frage, was darunter eigentlich konkret zu verstehen sei, antwortete einer der Interviewten: „Was europäische Normen und Werte wirklich bedeuten? Sie bedeuten den Acquis.“³⁰ Dies ist insofern entlarvend, als der Acquis communautaire den gesamten Rechtsbestand der Europäischen Union umfasst, er beinhaltet alle gültigen Verträge und Rechtsakte, also etwa 40.000 Gesetze auf 80.000 Seiten. Seine Übernahme, die eine der wesentlichen Vorbedingungen für eine weitere Annäherung im Rahmen der Nachbarschaftspolitik darstellt, ist gleichbedeutend mit einem tief greifendem neoliberalen Umbau der betroffenen Länder: „Der Besitzstand der EU, mit dem ein gemeinsamer Markt auf der Grundlage der Freizügigkeit und des freien Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs errichtet wurde, auf dem Wettbewerb unter gleichen Bedingungen auf der Grundlage gemeinsamer Normen und unter Einbeziehung des Gesundheits-, Verbraucher- und Umweltschutzes gewährleistet ist, könnte den

Ländern, die institutionelle und wirtschaftliche Reformen durchführen, als Vorbild dienen. [...] Die EU muss daher bereit sein, in enger Partnerschaft mit ihren Nachbarstaaten zusammenzuarbeiten, die weitere Reformen durchführen wollen, und ihnen beim Ausbau ihrer Kapazitäten zu helfen, damit sie ihre Vorschriften an Teile des gemeinschaftlichen Besitzstands angleichen und umsetzen können.“³¹

In der Praxis werden die Förderung von Demokratie und Menschenrechten innerhalb der Nachbarschaftspolitik gegenüber weitreichenden Liberalisierungsmaßnahmen als nachrangig eingestuft. Wie bereits beschrieben, begünstigt eine radikale Liberalisierungspolitik unter ungleichen Partnern immer massiv den ökonomisch stärkeren Akteur. Zahlreiche Beobachter haben deshalb vor den Folgen dieser neoliberalen Nachbarschaftspolitik gewarnt³², auch und gerade was ihre Auswirkungen für den südlichen Mittelmeerraum anbelangt.³³ So ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass sich etwa das Handelsbilanzdefizit mit der EU seit der vor allem ab 2006 im Rahmen der ENP-Aktionspläne erfolgten Liberalisierungsmaßnahmen extrem zuungunsten der südlichen Nachbarschaftsländer verschoben hat: Es stieg sprunghaft von 530 Mio. Euro (2006) auf 20,4 Mrd. Euro (2010).³⁴

Sicher spielte das Bedürfnis, sich endlich der diktatorischen Regime entledigen zu wollen, eine wichtige Rolle für das Ausbrechen der Aufstände in der Region. Der Beitrag, den die durch die neoliberalen „Reformen“ verursachten sozialen Verwerfungen und die diesbezügliche Rolle Europäischen Union hierzu geleistet haben, sollte aber ebenfalls nicht unterschätzt, in jedem Fall aber nicht gänzlich außer Acht gelassen werden: „Was nicht gesagt wird ist, dass das Hauptmotiv der wirtschaftlichen Integration darin besteht, die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union zu stärken, Ökonomien in die expandierende Wirtschaft des Imperiums (der EU) einzugliedern und Zugang zu natürlichen Ressourcen in der energiereichen Nachbarschaft zu erhalten. Die riesige Ansammlung von Wohlstand und wirtschaftlicher Macht der EU hat ihr einen Hebel gegeben, um marktfreundliche Reformen einschließlich Privatisierung, Handelsliberalisierung und der Übernahme der EU-Regulationsmechanismen aufzuerlegen und gleichzeitig die weiterführenden Debatten in den peripheren Gesellschaften zu umgehen. Dabei riskiert sie allerdings, eher zur Schaffung politischer Destabilisierung denn zu Stabilität beizutragen und die wirtschaftlichen Ungleichheiten in der Nachbarschaft zu vertiefen, wie die jüngsten Revolten in arabischen Ländern unter Beweis gestellt haben.“³⁵

Genau diese verheerenden Auswirkungen der Europäischen Nachbarschaftspolitik sollen nun im Folgenden anhand der EU-Politik gegenüber Syrien eingehend in den Blick genommen werden.

2. EU-Assoziationsabkommen: Neoliberale Blaupause

Es ist nicht so, dass die Europäische Union den im Jahr 2000 an die Macht gelangten syrischen Staatschef Baschar Al-Assad regelrecht zum Jagen hätte tragen müssen. Vielmehr hatte man sich, was die wirtschaftspolitischen Präferenzen anbelangt, mehr oder weniger gesucht und gefunden. Aus diesem Grund wurden früh Gespräche über den Abschluss eines Assoziierungsabkommens aufgenommen: „Der scheinbar beiderseitige Glaube in die Effektivität wirtschaftlicher Liberalisierung sowohl seitens der EU als auch des neuen syrischen Präsidenten Baschar Al-Assad lieferte den Hintergrund für die Verhandlungen.“³⁶

Im Dezember 2003 hatten sich dann beide Seiten grundsätzlich auf den Wortlaut des Abkommens verständigt, das im Jahr darauf unterschriftsreif vorlag. Der damals für Außenbeziehungen zustän-

dige EU-Kommissar Chris van Patten lobte die Vereinbarung mit folgenden Worten: „Sie ist eine solide Grundlage für die Unterstützung Syriens in seinen Bemühungen um politische und wirtschaftliche Reformen.“³⁷ Zu einer völlig anderen, vernichtenden, Einschätzung gelangt demgegenüber eine ausführliche Analyse des Abkommens durch Jörg Michael Dostal: „Falls in Kraft gesetzt, würden sie [die Bestimmungen des Assoziationsabkommens] zu unausgewogenen Handelsströmen, syrischen Handelsbilanzdefiziten und, auf lange Sicht, syrischer Auslandsverschuldung führen. [...] Die Politik hinter dem Assoziationsabkommen wurde durch die liberale politische Theorie bestimmt. Es wird unterstellt, dass die Öffnung der syrischen Ökonomie mit der Zeit zu erhöhter Wettbewerbsfähigkeit und schnellerer wirtschaftlicher Entwicklung führen wird. Allerdings würde der gegenwärtige Text des Assoziationsabkommens im Wesentlichen die Optionen der EU Konzerne ausweiten und gleichzeitig syrische Produzenten überlegenen Konkurrenten aussetzen.“³⁸

Gleich zu Anfang heißt es in der Assoziierungsvereinbarung³⁹: „Ziel dieses Abkommens ist es, [...] die Voraussetzungen für die schrittweise Liberalisierung des Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs zu schaffen.“ (Artikel 1) Innerhalb kurzer Zeit soll eine Freihandelszone ohne jegliche Schutzmaßnahmen für die jeweilig einheimische Wirtschaft etabliert werden: „Während einer Übergangszeit von höchstens 12 Jahren ab Inkrafttreten dieses Abkommens errichten die Gemeinschaft und Syrien nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Abkommens und im Einklang mit den Bestimmungen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens 1994, mit späteren Änderungen, (nachstehend ‚GATT‘ genannt) schrittweise eine Freihandelszone.“ (Artikel 7)

Dementsprechend sollen die Zölle abgeschafft werden: „Die Einfuhrzölle der Vertragsparteien werden [...] beseitigt. Die Ausfuhrzölle der Vertragsparteien werden bei Inkrafttreten dieses Abkommens beseitigt.“ (Artikel 9) Selbstredend wird beabsichtigt, dass dieser Prozess irreversibel ist: „Nach Unterzeichnung dieses Abkommens werden im Handel zwischen den Vertragsparteien weder neue Zölle eingeführt noch die bereits geltenden erhöht.“ (Artikel 10) Der Weg für freien Handel soll auch durch die Abschaffung von Schutzmaßnahmen außerhalb von Zöllen – sog. nicht-tarifären Handelshemmnissen – geebnet werden: „Alle Einfuhr- und Ausfuhrverbote und -beschränkungen im Handel zwischen den Vertragsparteien, bei denen es sich nicht um Zölle oder Steuern handelt, werden bei Inkrafttreten dieses Abkommens unabhängig davon beseitigt, ob sie in Form von Kontingenten, Einfuhr oder Ausfuhrlicenzen oder sonstigen Maßnahmen eingeführt worden sind. Neue Maßnahmen dieser Art werden nicht eingeführt.“ (Artikel 23)

Darüber hinaus ist im Assoziationsabkommen auch die Öffnung Syriens für EU-Investitionen sowie der vollständige Rücktransfer von dort erzielten Gewinnen anvisiert: „Hinsichtlich der Kapitalbilanztransaktionen gewährleisten die Gemeinschaft und Syrien ab Inkrafttreten dieses Abkommens den freien Kapitalverkehr im Zusammenhang mit ausländischen Direktinvestitionen [...] sowie die Liquidation oder Rückführung dieser Investitionen und etwaiger daraus resultierender Gewinne.“ (Artikel 62)

Schließlich wird der syrischen Regierung untersagt, fünf Jahre nach Abschluss der Vereinbarung weitere staatliche Betriebe zu subventionieren: „Hinsichtlich öffentlicher Unternehmen und Unternehmen, denen besondere oder ausschließliche Rechte gewährt worden sind, sorgt der Assoziationsrat dafür, dass ab dem fünften Jahr nach Inkrafttreten dieses Abkommens keine Maßnahmen erlassen oder aufrechterhalten werden, die den Handel zwischen der Gemeinschaft und Syrien verzerren und den Interessen der Vertragsparteien zuwiderlaufen.“ (Artikel 66) Mit diesen Bestimmun-

gen ist die syrische Fähigkeit, die einheimische Industrie und v.a. die staatseigenen Betriebe, in denen ein Großteil der Syrer arbeiten, vor der EU-Konkurrenz zu schützen, erheblich eingeschränkt.⁴⁰

Der Wortlaut des Assoziationsabkommens bedient nahezu ausschließlich EU-Interessen und ist für die syrische Seite von Nachteil.⁴¹ Allerdings handelt es sich hier um keinen Einzelfall: Um die wahre Dimension der Europäischen Nachbarschaftspolitik zu erfassen, sollte man sich vergegenwärtigen, dass sich dieses neoliberale Manifest – was die wirtschaftlichen Aspekte angeht⁴² – nicht wesentlich von anderen Assoziationsabkommen, die mit zahlreichen weiteren Ländern abgeschlossen wurden, unterscheidet.

Tatsächlich war das Assoziationsabkommen derart radikal-neoliberal, dass viele seiner Bestimmungen selbst Assad zu weit gingen. So wurde während der Verhandlungen versucht, Einschränkungen zu verankern, was die Investitionsmöglichkeiten angeht. Auch wollte Syrien für einige Bereiche weitere Zölle erheben und bestimmte Importe verbieten können – allerdings wurden all diese Wünsche seitens der EU abschlägig beschieden, sodass der Text des Abkommens Ende 2004 in der von Brüssel gewünschten Form zum Abschluss gebracht wurde.⁴³ Es gab jedoch mehrere Gründe, weshalb Syrien dem Abkommen schließlich dennoch zustimmte: Einmal befand sich Syrien in dieser Phase unter enormem Druck seitens der sich auf dem Kriegspfad befindlichen USA, die Syrien faktisch in die „Achse des Bösen“ aufgenommen und damit als mögliches weiteres Angriffsziel im „Krieg gegen den Terror“ markiert hatten.⁴⁴ Deshalb sah Assad in dem Assoziationsabkommen eine Möglichkeit, seine Beziehungen zum Westen zu verbessern.⁴⁵ Überdies war er angesichts der geballten Wirtschaftsmacht der Europäischen Union – wichtigster syrischer Handelspartner – ohnehin kaum in der Lage, Brüsseler Wünsche einfach zu ignorieren. Schließlich erhoffte sich Assad von dem Abkommen Rückenwind für seine eigenen – etwas moderateren – Liberalisierungsabsichten und damit Unterstützung gegen Kritiker im eigenen Land.⁴⁶

Allerdings wurde das Assoziationsabkommen nie rechtskräftig verabschiedet. Die Europäische Union verweigerte die Ratifizierung, nachdem Syrien beschuldigt wurde, an der Ermordung des ehemaligen libanesischen Ministerpräsidenten Rafiq al-Hariri am 14. Februar 2005 beteiligt gewesen zu sein.⁴⁷ Es waren also politische, nicht wirtschaftliche Gründe, die die formale Verabschiedung des Abkommens verhinderten. Ende 2008 wurden die Verhandlungen zwar wieder aufgenommen, führten aber bis zur erneuten Aussetzung nach Ausbrechen der Unruhen im Februar 2011 zu keinem Ergebnis. Obwohl das Assoziationsabkommen also rechtlich zwar zu keinem Zeitpunkt bindend war, sollte man seine Bedeutung nicht unterschätzen: Es signalisierte, „dass sich die Regierung einem liberalen ökonomischen Reformprogramm verschrieben hat, das in der modernen syrischen Geschichte einzigartig ist.“⁴⁸ Außerdem bezogen sich beide Seiten fortan stetig auf das Abkommen „und die syrische Seite begann damit, die im Abkommen enthaltenen wirtschaftlichen Verpflichtungen zu implementieren.“⁴⁹

Natürlich lässt sich fragen, ob Assad unter den gegebenen Bedingungen nicht zu einem Kurswechsel gezwungen war – dass die wirtschaftliche Lage Syriens zur Zeit seines Amtsantritts jedenfalls – vorsichtig formuliert – nicht optimal war, lässt sich kaum in Abrede stellen.⁵⁰ Als alternativen Entwicklungspfad allerdings auf einen neoliberalen Umbau nebst peripherer Anbindung an die Europäische Union zu setzen, war grundfalsch und traf zudem noch die ärmsten Bevölkerungsschichten besonders hart. Anstatt dass die Europäische Union Unterstützung für sinnvolle andere Lösungen bereitgestellt hätte, zielte ihre „Hilfe“ vorrangig darauf ab, den neoliberalen Umbau des Landes voranzutreiben.

3. EU-Hilfe für den neoliberalen Umbau

Bereits vor dem vorläufigen Abschluss der Verhandlungen um ein Assoziationsabkommen war die Europäische Union in Syrien mit verschiedenen Programmen damit beschäftigt, ihre neoliberale Agenda voranzubringen. So hatte im Jahr 2002 eines der wichtigsten Syrien-Projekte der Europäischen Union die Aufgabe, Institutionen aufzubauen, „um die Fähigkeit der Organe der Zentralregierung zu verbessern, Politiken durchzuführen, die sich auf einer Wellenlänge mit einer Evolution in Richtung einer offeneren und stärker liberalisierten Wirtschaft befinden.“⁵¹

Im „Länderstrategiepapier 2007-2013“, das von der Kommission Anfang März 2007 vorgelegt wurde, werden dann drei Tätigkeitsschwerpunkte auf Basis des – nicht verabschiedeten – Assoziationsabkommens festgelegt: „Unterstützung für politische und administrative Reformen“; „Unterstützung wirtschaftlicher Reformen“; „Unterstützung sozialer Reformen“.⁵² Im ersten Prioritätsbereich ist als Ziel festgelegt, die Öffentliche Verwaltung zur Umsetzung von Reformen – vor allem dem Assoziationsabkommen – „ertüchtigen“ zu können: „Beschränkte Kapazitäten und die Starrheit der syrischen Verwaltung haben sich als bedeutende Hindernisse für die Durchführung von Reformen erwiesen. Die EU wird in der Zusammenarbeit weiterhin einen Schwerpunkt auf technische Hilfe und Ausbildung legen. Nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens werden auch Twinning-Vereinbarungen zum Aufbau von Kapazitäten in der Verwaltung beitragen.“⁵³

Noch deutlicher und offener auf die Umsetzung neoliberaler Reformen ist der zweite Bereich, die „Unterstützung wirtschaftlicher Reformen“, ausgelegt. Das „vorrangige Ziel“ sei hier die „Umsetzung der Reformagenda für die Wirtschaft sowie [die] Vorbereitung auf das Assoziationsabkommen.“⁵⁴ Hierzu soll u.a. die „Verbesserung des Geschäftsumfelds“ beitragen, wofür u.a. folgende Ziele anvisiert werden: „Für die Reform des rechtlichen und ordnungspolitischen Rahmens für industrielle und gewerbliche Tätigkeiten sollte Unterstützung geboten werden. Dazu würde die Beseitigung von Beschränkungen für den Markteinstieg und -ausstieg, die Erleichterung von Investitionen, [...] ein besserer Schutz von geistigem Eigentum und die Straffung der Verfahren für die Entlassung von Arbeitnehmern gehören.“⁵⁵

Was die Handelspolitik anbelangt, heißt es im Länderstrategiepapier: „Die Zusammenarbeit sollte auf die Unterstützung eines offeneren, moderneren und wettbewerbsfähigeren Handelssystems in Syrien ausgerichtet sein, um damit den Weg für die Umsetzung des Assoziationsabkommens zu ebnen und in weiterer Folge Syrien auf den Beitritt zur Welthandelsorganisation vorzubereiten.“⁵⁶ Schließlich wird auch noch auf die „guten“ Erfahrungen aus dem Privatisierungsprozess im Zuge der EU-Osterweiterung verwiesen, bei dem seinerzeit staatseigene Betriebe für einen Appel und ein Ei an westeuropäische Konzerne verschleudert wurden⁵⁷: „Die EG sammelte in diesem Bereich umfassende Erfahrungen während des Erweiterungsprozesses. Pilotinitiativen könnten der Regierung eine Hilfestellung bei der Erarbeitung einer ausgereiften Strategie für die Umstrukturierung und die künftige Privatisierung bieten.“⁵⁸

Auf der Basis der im Länderstrategieprogramm definierten Prioritäten gingen dann die zwei „Nationalen Indikativprogramme“ (2008-2010 und 2011-2013) dazu über, konkrete Projekte anzuvisieren sowie dafür notwendige Mittel bereitzustellen. Was die Reform der Öffentlichen Verwaltung anbelangt, wird im Indikativprogramm 2011-2013 noch viel klarer als noch in der Beschreibung im Länderstrategiepapier, dass es hier tatsächlich primär darum geht, die syrischen Institutionen „fit“ für die Umsetzung des Assoziationsabkommens zu machen. So wurde für eines der wichtigsten anvi-

sierten Projekte in diesem Bereich folgendes Ziel ausgegeben: „Das übergeordnete Ziel des Programmes besteht darin, die Kapazität der syrischen Institutionen zu verbessern, um die Vorgaben, die im Assoziationsabkommen verankert sind, umsetzen zu können.“⁵⁹

Einen Einblick in die Breite der Maßnahmen im Wirtschaftsbereich gibt folgende Passage aus dem Indikativprogramm 2008-2010: „Die EU hat bereits im Rahmen des vorausgegangenen Programms massive finanzielle Unterstützung für Syriens Wirtschaftsreform bereitgestellt und damit ihre strategische Zielsetzung, die Regierung Syriens bei der schrittweisen Liberalisierung von Wirtschaft und Handel zu unterstützen, weiterverfolgt. Die Programme der EU erstrecken sich auf eine Vielzahl verschiedener Bereiche wie Entwicklung der Privatwirtschaft/KMU, institutionelle Unterstützung der an der Wirtschaftsreform beteiligten Ministerien durch die Stärkung ihrer Kapazitäten für Politikgestaltung und -Umsetzung (einschließlich der Ausarbeitung des 10. Fünfjahresplans), Modernisierung der Zollverwaltung, Verbesserung der Haushaltsführung und Rechnungslegung des Finanzministeriums und erste Maßnahmen zur Reform der öffentlichen Versorgungsunternehmen (Telekommunikation und Elektrizität).“⁶⁰

Dem Pfeiler „Unterstützung sozialer Reformen“ scheint auf den ersten Blick eine hohe Bedeutung zugemessen zu werden, immerhin handelt es sich dabei um einen von lediglich drei im Länderstrategiepapier definierten Prioritätsbereichen. Dies relativiert sich allerdings, wenn man später die konkrete Mittelallokation betrachtet. Insgesamt wurden für Projekte im Zeitraum 2008-2010 EU-Mittel in Höhe von 110 Mio. Euro eingestellt. Davon entfielen auf den ersten Bereich („Unterstützung für politische und administrative Reformen“) 30 Mio. Euro (23%), die zweite Säule („Unterstützung wirtschaftlicher Reformen“) erhielt mit 60 Mio. (43%) den Löwenanteil, während für „Unterstützung sozialer Reformen“ lediglich 30 Mio. Euro (23%) bereitgestellt worden waren.⁶¹ Im Indikativprogramm 2011-2013 war eine leichte Erhöhung der Gelder auf 129 Mio. bei etwa gleichbleibender Verteilung anvisiert worden.⁶² Hinzu kommen noch hohe ergänzende Kredite der Europäischen Investitionsbank (EIB), 1,4 Mrd. Euro zwischen 2000 und 2009: „Die meisten Darlehen der EIB laufen parallel zu bedeutenden Projekten der technischen Hilfe, die von der EU finanziert werden. Die Projekte der EG fungierten als Katalysatoren für Darlehen.“⁶³

Wie zweischneidig die Programme zur „Unterstützung sozialer Reformen“ sind, zeigt etwa die Absicht, eine „Verbesserung des Gesundheitswesens“ anzustreben. Im Länderstrategiepapier wird diesbezüglich vor allem das „Programm zur Modernisierung des Gesundheitswesens“ (Health Sector Modernisation Programme, HSMP) lobend hervorgehoben: „Des Weiteren unterstützt die EU Reformen und den Aufbau von Kapazitäten im Gesundheitswesen. Das Programm zur Modernisierung des Gesundheitswesens leistete einen Beitrag zur Entwicklung einer nationalen Gesundheitsstrategie, die zentrale Themen anspricht, z. B. nachhaltige Finanzierung des Gesundheitswesens und Krankenversicherung, Entwicklung und Management von Humanressourcen im Gesundheitsministerium und die Einführung eines Qualitätsmanagement- und Akkreditierungssystems.“⁶⁴ Allein für dieses „Programm zur Modernisierung des Gesundheitswesens“, das in der Praxis auf den Versuch einer umfassenden Kommerzialisierung des Sektors hinauslief (siehe unten), wurden im Schnitt jährlich über 30% der Gelder aus dem Topf „Unterstützung sozialer Reformen“ eingestellt.

Den genauen Einfluss dieser zahlreichen Förderprogramme einzuschätzen, ist schwierig, die Europäische Union selbst jedenfalls war mit den diesbezüglichen Ergebnissen jedenfalls recht zufrieden. So wird im „Nationalen Indikativprogramm 2011-2013“, dem letzten Dokument vor Ausbruch des Aufstands, der „positive“ Einfluss der EU-Gelder betont, die „zumeist die Form technischer Hilfe, Kapa-

zitätsaufbau und politische Beratung hatten und in vielen Fällen wesentlich für den Reform- und Modernisierungsprozess waren.⁶⁵ Im Länderstrategiepapier wird dabei der „Erfolg“ eines Programmes ganz prominent hervorgehoben: „Die EU leistet Hilfe zur Förderung der Reform der öffentlichen Verwaltung. Im Rahmen der Fazilität für die Modernisierung von Institutionen und Sektoren [Institutional and Sector Modernisation Facility, ISMF] werden Ministerien bei der Ausarbeitung von Reformprogrammen und der Gestaltung der Politik für einzelne Sektoren unterstützt. Die ISMF bot umfassende Hilfe für die Erstellung des Fünfjahresplans.“⁶⁶ Nachdem der Fünf-Jahresplan ein wesentlicher Meilenstein für den neoliberalen Umbau Syriens darstellte, lohnt sich ein genauerer Blick, was denn im Rahmen des ISMF-Projektes konkret unternommen wurde.

4. Fallbeispiele: ISMF und die Rolle der GTZ

Auf der Homepage des ISMF-Projektes heißt es unter der Überschrift „Strategie – Ziele und Ambitionen“ typisch altruistisch: „Das wesentliche Ziel der Fazilität für die Modernisierung von Institutionen und Sektoren (ISMF) ist es, zur Verbesserung des Lebensstandards der syrischen Bevölkerung beizutragen, während das Land den Übergang von einer zentral geplanten zu einer marktwirtschaftlich organisierten Wirtschaft macht.“ Erreicht werden soll dies allerdings durch die „Unterstützung der syrischen Regierung bei ihrem Modernisierungsprogramm und bei der Implementierung des Assoziationsabkommens.“ Als eins der hiermit verfolgten „speziellen Ziele“ wird u.a. angegeben, „zur Ausarbeitung ökonomischer und sektoraler Strategien beizutragen, die darauf abzielen, eine funktionierende Marktwirtschaft zu entwickeln.“⁶⁷ Das Programm startete im Jahr 2003 und war ausgelegt bis 2008, wofür ein Budget von 22,5 Mio. Euro vorgesehen war.⁶⁸

Im Rahmen der ISMF wurden eine Reihe von Maßnahmen finanziert, die weitreichendste scheint aber das „AA-Projekt“ gewesen zu sein: „Dieses ISFM-Projekt zielt darauf ab, die syrische Regierung dabei zu unterstützen, die Fähigkeiten ihrer Organe zur Implementierung des Assoziationsabkommens zu verbessern. [Das AA-Projekt] ist fast ein wirtschaftliches Reformprogramm, da es die Entwicklung neuer Gesetze, Institutionen und menschlicher Ressourcen beinhaltet.“⁶⁹ Nicht nur die Institutionen, auch die syrischen Beamten sollen für das Assoziationsabkommen fit gemacht werden: „Das AA-Projekt hat die Erfordernisse herausgefunden, um die Fähigkeiten der Mitarbeiter in den jeweiligen Ministerien zu entwickeln, damit sie in der Lage sind, effektiv mit den verschiedenen Aspekten der Implementierung des Assoziationsabkommens zurande zu kommen.“⁷⁰ Noch weitreichender ist aber sicherlich, dass, wie bereits angedeutet, faktisch die komplette syrische Gesetzgebung durchforstet und daraufhin Vorschläge erarbeitet wurden, wie sie umzuschreiben sei: „Angesichts der Verpflichtungen aus dem Assoziationsabkommen wurde eine Revision sämtlicher gegenwärtig gültiger Gesetze, die mit seiner Implementierung im Zusammenhang stehen, vorgenommen. Gesetze, die neu entwickelt oder eingeführt werden müssen, wurden identifiziert.“⁷¹

Erwähnt wird vom ISMF auch die „Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit“ (GTZ, heute GIZ), die beim Umbau Syriens augenscheinlich ebenfalls eine wichtige Rolle spielt: „Die GTZ hat Gelder akquiriert, um das syrische Investitionsklima (Exportförderung) zu verbessern.“⁷² Das Programm begann 2006 und basierte auf eindeutigen Prämissen: „Die syrische Regierung hat 2000 den Übergang zur sozialen Marktwirtschaft beschlossen“, hieß es zur Erklärung. Allerdings mangle es „den beteiligten Institutionen [...] an Kenntnissen“, weshalb die GTZ sie dabei unterstützte.⁷³

Viel mehr ist aber über konkrete Projekte etc. auf der GIZ-Seite nicht in Erfahrung zu bringen. Betrachtet man aber einen 2009 erschienen Artikel über die Arbeit der GTZ in Syrien, dessen Co-Autor ein Mitarbeiter im Entwicklungshilfeministerium war, so geht aus ihm ein hohes Maß an Identifikation mit dem neoliberalen Assoziationsabkommen hervor. Ebenso wird die Bereitschaft deutlich, bei dessen Implementierung „behilflich“ zu sein. Zuerst wird sich beschwert: „Trotz deutlicher Zollsenkungen ist der Warenfluss nicht frei. Bürokratie, Intransparenz und fehlende Informationen über Vorschriften erschweren den Handel für ausländische Unternehmen und treiben die tatsächlichen Kosten in die Höhe – weit über die offiziellen Zollsätze hinaus. Diese Diskrepanz zwischen Regeln und Realität zeigt sich auch im Steuerwesen: Die noch unreformierte Verwaltung ist ineffizient und unberechenbar. [...] Vorschläge, staatliche Unternehmen, die einen Großteil der Erwerbstätigen beschäftigen, zu privatisieren, werden politisch kaum unterstützt. [...] Auch Energiesubventionen beanspruchen die öffentlichen Haushalte. [...] Will die Regierung die Reformen fortführen, kann sie mittelfristig die für die politische Stabilität im Land so wichtigen Subventionen nicht mehr finanzieren. Der Machtverlust droht.“⁷⁴

Trotz der Einschätzung, was die anvisierten „Reformen“ für die soziale Lage und die Stabilität des Landes bedeuten, wird daraufhin vorgeschlagen: „Sinnvolle Wirtschaftsreformen können mehr Produktivität und einen höheren Lebensstandard bringen – langfristig. Selbst wenn sie ausgabenneutral durchgeführt und eingesparte Subventionen besser eingesetzt würden, kann es Jahrzehnte dauern, bis sich die Situation der Bevölkerung spürbar und nachhaltig verbessert. Verwaltungsangestellte und Führungspersonal staatlicher Betriebe müssten mit Einbußen etwa bei der Arbeitsplatzsicherheit rechnen. [...] Die syrische Regierung hat längst erkannt, dass eine Marktöffnung der meistversprechende Weg aus der Armut ist. Wir werden die Reformkräfte innerhalb der syrischen Regierung auf diesem Weg geduldig unterstützen“, so Michael Krakowski, der in seinem GTZ-Projekt auch bei wirtschaftspolitischen Fragen berät. [...] Um den innenpolitischen Rückenwind nicht zu verlieren und Zugang zum Weltmarkt zu bekommen, brauchen die syrischen Reformer die Unterstützung westlicher Länder. Trotz aktueller Weltwirtschaftskrise ist das eine attraktivere Perspektive, als in nationaler Planwirtschaft zu stagnieren.“⁷⁵

Involviert war die GTZ auch in die Kommerzialisierung des syrischen Gesundheitswesens, das in Syrien ursprünglich kostenlos und unter staatlicher Kontrolle war. Um die Ausgaben in diesem Bereich zu senken, wurden aber Reformpläne erarbeitet: „Seit 2003 hat sich der syrische Staat in einem Programm zur Modernisierung des Gesundheitswesens unter der Federführung der Europäischen Kommission und der GTZ engagiert. Das HSMP ist Teil eines bilateralen EU-Hilfskooperationsprogramms, um die Liberalisierung der syrischen Wirtschaft zu fördern.“⁷⁶ Wie bereits erwähnt, flossen im Schnitt über 30% der für den Topf „Unterstützung sozialer Entwicklung“ in den Indikativprogrammen vorgesehenen Gelder in das „Programm zur Modernisierung des Gesundheitswesens“. Hinzu kamen noch weitere 100 Mio. Euro über EIB-Kredite.⁷⁷ Ein Kernstück des Programms besteht im Versuch, die kostenfreie Gesundheitsversorgung faktisch abzuschaffen: „Ein integraler Bestandteil des Modernisierungsprogramms im Gesundheitssektor ist die Einführung von Benutzergebühren und Kosten für öffentliche Leistungen.“⁷⁸ Auch eine Krankenversicherung soll eingeführt werden, was laut einer ausführlichen Untersuchung der Vorschläge zusammengenommen katastrophale Folgen für die Qualität der Gesundheitsversorgung der ärmeren Bevölkerungsschichten gehabt hätte. Im Augenblick liegt die Umsetzung dieser Vorhaben aufgrund der Unruhen auf Eis, es steht jedoch zu befürchten, dass sie nach einem Machtwechsel wieder aus der Schublade geholt werden könnten.⁷⁹

5. Katastrophe mit Ansage. Der wirtschaftliche Umbau Syriens unter Assad und die Folgen

Ursprünglich galt Assad bei seinem Amtsantritt im Jahr 2000 als Hoffnungsträger, was sich leider schnell als trügerisch erwies: „Bashar al-Assads Aufstieg zur Macht war begleitet von dem Versprechen der politischen und wirtschaftlichen Reform – nach einem kurzen Flirt mit der Ersteren wurde jedoch nur die Letztere umgesetzt.“⁸⁰ Schon unter seinem Vorgänger (und Vater) Hafiz al-Assad waren zwar erste Liberalisierungsmaßnahmen eingeleitet worden (etwa das Wirtschaftsliberalisierungsgesetz Nr.10 von 1991), allerdings eher in homöopathischen Dosen. Auch in den ersten Jahren der Regentschaft Bashar al-Assads lief das Modernisierungsprogramm eher langsam an.

Einen radikalen Liberalisierungsschub erfuhr das Land dann allerdings mit der Verabschiedung des 10. Fünfjahresplans im Mai 2006, den das EU-ISMF-Projekt nach Eigenangaben ja maßgeblich mit ausgestaltet hatte. So lobte die „Deutsch-Arabische Industrie- und Handelskammer“ rückblickend: „Im 10. Fünfjahresplan (2006-2010) wurde ein umfassendes Reformprogramm festgelegt, das die Einführung der sozialen Marktwirtschaft zum Ziel hat. Wichtige Erfolge - wie die Steuerreform, die Vereinheitlichung der Wechselkurse, die Zulassung privater Banken, die Errichtung einer Wertpapierbörse, die Senkung der Körperschaftssteuer von 35 auf 28% (14% für Aktiengesellschaften) und die Schaffung neuer Investitionsgesetze - wurden bereits erreicht. Neben einem stärkeren Privatisierungsfaktor im Außenhandel sind auch einige Maßnahmen zur Förderung von Importen zu erkennen, wie die zum Teil drastischen Zollsenkungen, durch die die Zölle nun weitestgehend dem geforderten Standard der EU-Assoziationsabkommen entsprechen. [...] Mit der Verabschiedung der neuen Investitionsgesetze Nr. 8 und 9 Anfang 2007 wurde das Wirtschaftsliberalisierungsgesetz Nr.10 von 1991 ersetzt. Die Investitionsbedingungen wurden dadurch verbessert und vereinfacht. Nun sind zum Beispiel eine 100-prozentige ausländische Eigentümerschaft und der volle Gewinntransfer für ausländische Investitionen möglich.“⁸¹

Von EU-Seite werden die Liberalisierungsmaßnahmen als Erfolg bewertet und als Indikator das vergleichsweise hohe Wirtschaftswachstum von jährlich 5% im Zeitraum 2004 bis 2010 herangezogen. Allerdings lässt sich dies hauptsächlich auf die seinerzeit extrem hohen Ölpreise zurückführen.⁸² Außerdem erübrigt es sich, von einem Erfolg zu sprechen, wenn die sozialen Folgen der Liberalisierungspolitik in Betracht gezogen werden. „Die Öffnung des syrischen Marktes habe höchst ‚schädliche Auswirkungen‘ auf das einheimische Handwerk, bestätigte letztes Jahr die International Crisis Group. Dies treffe zum Beispiel auf Duma zu, einen Vorort von Damaskus, in dem zahlreiche Handwerker lebten; sie stünden auf Grund der Liberalisierung vor dem Ruin und hätten dem Regime deshalb ihre Loyalität aufgekündigt.“⁸³ Offiziell lag die Arbeitslosenquote im Jahr 2009 bei 8,1%, inoffizielle Schätzungen gingen allerdings von 24,4% aus.⁸⁴

Das „Miet- und Immobiliengesetz Nr. 6“ hatte darüber hinaus zur Folge, dass es „Vermietern erleichtert wurde, Mieter aus Häusern mit ehemals gebundener Miete zur Räumung zu zwingen.“ Generell wurden durch das „Wettbewerbs- und Anti-Monopol-Gesetz“ von 2008 die meisten Bedarfsgüter von der Preisbindung befreit, auch die Subventionen des Energiesektors wurden eingestellt.⁸⁵ Die Abschaffung von Preiskontrollen führte zu einem sprunghaften Anstieg der Inflation – einschließlich steigender Mieten belief sie sich auf 17-20% zwischen 2006 und 2008 (in den 90er Jahren waren es lediglich 5% jährlich gewesen). Besonders drastisch wirkte sich die Abschaffung von Subventionen für Düngersatzstoffe,

Elektrizität, Diesel und Benzin aus. Selbst die Europäische Union gestand in ihrem „Nationalen Indikativprogramm 2011-2013“ ein, dass die „Reduzierung von Benzinsubventionen und die hohe Inflationsrate negative Auswirkungen auf die Armutssituation im Jahr 2008 gehabt haben.“⁸⁶ Historisch handelte es sich bei Syrien um einen Staat mit eher geringen Einkommensunterschieden⁸⁷, aber auch das hat sich geändert: „Seit den Zeiten der syrisch-ägyptischen Union (UAR 1958-61) ist der Reichtum nie so ungleich verteilt gewesen – 50% des Reichtums konzentriert sich auf 5% der Bevölkerung [während zugleich] zwischen 11% und 30% unterhalb der Armutsgrenze leben.“⁸⁸

Das Ausmaß und die Auswirkungen der Liberalisierungsmaßnahmen waren also ohne Zweifel dramatisch, allerdings gingen sie aber nicht so weit, wie etwa in Ägypten oder Tunesien.⁸⁹ Deshalb lautete die Einschätzung der Europäischen Union, das Land befinde sich zwar auf dem prinzipiell richtigen Weg und habe die richtigen Maßnahmen ergriffen, es sei dabei lediglich noch zu inkonsequent vorgegangen. Im letzten EU-Indikativprogramm vom August 2010 heißt es hierzu: „Der auf den Weg gebrachte wirtschaftliche Reformprozess in Syrien hat bereits wichtige Verbesserungen des Handels- und Investitionsklimas bewirkt. [...] Viel ist bereits erreicht worden. [...] Allerdings muss noch mehr getan werden, um das Unternehmertum und die Vergrößerung der syrischen Wettbewerbsfähigkeit zu fördern.“⁹⁰ Allerdings zeigte sich die Europäische Union zuversichtlich, dass im nächsten Fünfjahresplan 2011-2015 weitere substanzielle „Fortschritte“ in die gewünschte marktradikale Richtung erzielt werden könnten.⁹¹

Hierzu kam es bekanntlich nicht mehr, an irgendwelche Wirtschaftsreformen ist angesichts des gegenwärtigen Bürgerkrieges nicht zu denken. Vieles spricht allerdings dafür, dass sich das Regime diese Suppe zumindest teils – die gezielten Subversivitätigkeiten verschiedener westlicher Staaten sollten hier ebenfalls nicht außer acht gelassen werden⁹² – mit seinen neoliberalen Reformen selbst eingebrockt hat. Denn die traditionelle Machtbasis des Assad-Clans waren Arbeiter und Bauern, der öffentliche Dienst sowie die Armee. Abseits der Streitkräfte wurden diese Gruppen allesamt von den Reformen hart getroffen.⁹³ Dies gilt ganz besonders für die Landbevölkerung, die vor allem anfangs ein wesentlicher Träger des Aufstandes war: „Der Fünfjahresplan transformierte die syrische Wirtschaft und ließ viele zurück, besonders auf dem Land. Ihrer ökonomischen Sicherheit beraubt, hatten sie wenig zu verlieren. Der Staat, ihr vormaliger Beschützer, war zu ihrem Feind geworden.“⁹⁴ Auch viele andere Beobachter kommen zu der Schlussfolgerung, mit den neoliberalen Reformen hätte sich Assad den Ast, auf dem er saß, mehr oder weniger selbst abgesägt, indem er neben seinem repressiven Vorgehen auch mit seiner Liberalisierungspolitik maßgeblich zu den Rahmenbedingungen beitrug, die das Ausbrechen des Aufstandes befördert haben.⁹⁵

Festzuhalten ist in diesem Zusammenhang, dass der Schwenk der Europäischen Union auf einen Anti-Assad-Kurs wenig mit den nicht in allerletzter Konsequenz umgesetzten neoliberalen Reformen zu tun gehabt haben dürfte. Schließlich entwickelte sich aus Brüsseler Sicht im Großen und Ganzen in diesem Bereich alles in die „richtige“ Richtung. Die Gründe hierfür waren stattdessen einerseits geopolitischer Natur (siehe hierzu das abschließende Kapitel). Andererseits will man unter allen Umständen sicherstellen, dass aus den Auseinandersetzungen nicht progressive Kräfte als Sieger hervorgehen, die den neoliberalen Umbau des Landes rückgängig machen könnten – was im „schlimmsten“ Fall sogar eine Signalwirkung für die gesamte Region hätte: „Der Westen greift nur ein, um diese Aufstände in Schach zu halten, entweder durch deren Militarisierung oder durch Abkommen mit den repressivsten Gruppen, die gewillt sind, die amerikanischen und europäischen

Programme in der Region zu fördern. [...] In den letzten Monaten hat sich die Strategie des Westens gewandelt, weil das syrische Regime seine Hegemonie verloren hat und für Europa und die USA zur Belastung geworden war. Wie im Fall Ägyptens, Tunesiens, des Iraks und Libyens wird der Westen vielleicht nach einem wohlwollenden Despoten Ausschau halten, der Bashar el-Asad ersetzt.“⁹⁶

Tatsächlich lässt sich in Syrien derzeit leider beides beobachten: Mit tatkräftiger westlicher Unterstützung fand einerseits eine dramatische Militarisierung der Proteste statt, während gleichzeitig die Teile des Aufstandes gefördert wurden, von denen man sich verspricht, dass sie dafür sorgen, dass die Revolution nicht aus dem Ruder läuft und der Liberalisierungspfad weiter beschritten wird.

6. Liberalisierungspläne für die Zeit nach dem Bürgerkrieg

Nachdem die EU-Staaten anfänglich von den Aufständen in der Region augenscheinlich auf dem falschen Fuß erwischt worden waren, wurde rasch damit begonnen, die Europäische Nachbarschaftspolitik zu überarbeiten. Hierfür veröffentlichte die Europäische Kommission bereits am 8. März 2011 die Mitteilung „Eine Partnerschaft mit dem südlichen Mittelmeerraum für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand.“ Sie wurde dann weitgehend in die Neufassung der Europäischen Nachbarschaftspolitik vom 25. Mai 2011 eingearbeitet⁰, die den Titel „Eine neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel“ trägt.⁹⁷

Das Kernprinzip der Generalüberholung lautet „Mehr für Mehr“ – die ENP-Länder sollen mit einer Zuckerbrot-und-Peitsche-Politik zu noch weitergehenden Liberalisierungsmaßnahmen bewegt werden. Ein wesentliches Ziel ist der Abschluss „vertieferter und umfassender Freihandelszonen mit den Partnern“⁹⁸ und das Lockmittel hierfür ist eine beträchtliche Erhöhung der für den südlichen Nachbarschaftsraum bereitgestellten Gelder.⁹⁹ Die Mittel für die – teils händeringend nach Kapital suchenden – Nachbarschaftsländer sollen künftig aber noch deutlicher stärker als bislang konditional vergeben, also von der willfähigen Umsetzung der EU-Vorgaben abhängig gemacht werden: „Es handelt sich um einen leistungsbezogenen Ansatz („more for more“), der Anreize geben und motivieren soll: Länder, die ihre Reformen schneller und weiter vorantreiben, können mit mehr Hilfe von der EU rechnen, während Länder, die die vereinbarten Reformen verzögern oder von ihnen abweichen, eine Neuzuweisung der Mittel oder deren Verlagerung auf andere Schwerpunktbereiche befürchten müssten.“¹⁰⁰

Somit werden die Aufstände in der Region von der Europäischen Union sowohl als eine Bedrohung als auch als eine Chance erachtet. Einerseits gilt es unter allen Umständen zu verhindern, dass dort progressive Kräfte den Einfluss der Europäischen Union zurückdrängen könnten; andererseits hatten sich einige der dortigen Regime trotz allem eine gewisse Eigenständigkeit bewahrt, gerade auch was wirtschaftsliberale Reformen angeht. Aus diesem Grund werden die Aufstände auch als Gelegenheit betrachtet, die eigene Liberalisierungsagenda noch stärker voranzutreiben: „Mehr vom Gleichen“, könnte man den Ansatz wohl am treffendsten zusammenfassen.¹⁰¹

Was konkret Syrien angeht, beschloss der Außenministerrat im Mai 2011 die Einfrierung sämtlicher Gespräche über das Assoziationsabkommen und sukzessive wurden anschließend die EU-Sanktionen verschärft. Gleichzeitig wurde aber unmissverständlich angekündigt, in den Startlöchern zu stehen, sobald „genehmere“ Machthaber in Damaskus sitzen würden: „In den vergangenen Monaten haben die EU-Außenminister wiederholt erklärt, dass die EU bereit ist, eine neue, ambitionierte Partnerschaft mit Syrien quer über alle Gebiete von gemeinsamem Interesse zu entwickeln,

einschließlich der Mobilisierung von Hilfsgeldern, der Stärkung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen und der Unterstützung beim justiziellen und politischen Übergang, sobald ein genuiner demokratischer Übergang beginnt.“¹⁰²

Als Ansprechpartner für die weiteren Planungen haben die „Freunde Syriens“ genannten etwa 70 Staaten, die sich für einen Regimewechsel in Syrien einsetzen, den vorwiegend aus Exilanten zusammengesetzten „Syrischen Nationalrat“ (SNC) auserkoren. Der SNC wird von den Muslimbrüdern dominiert, wobei seine Führungsspitze über hervorragende Kontakte vor allem zu amerikanischen Institutionen und Geldgebern verfügt.¹⁰³ Mit den progressiven Teilen des Aufstands hat der SNC wenig gemein und sein Rückhalt in der syrischen Bevölkerung ist milde formuliert begrenzt, auch wenn westlicherseits stets etwas anderes suggeriert wird. Der SNC zeichnet sich durch seine kategorische Ablehnung jeglicher Form von Verhandlungen zur Beilegung des Bürgerkrieges sowie durch wiederholte Forderungen nach einer westlichen Militärintervention und nach einer Bewaffnung der „Freien Syrischen Armee“ (FSA) aus, die teils von ihm direkt mit Militärmaterial versorgt wird. Er hatte somit maßgeblichen Einfluss auf die Militarisierung der anfangs fast vollständig friedlichen Protestbewegung und die hiermit einhergegangene Marginalisierung der progressiven Teile des Aufstandes.¹⁰⁴

Der SNC liegt also – zumindest in einigen wichtigen Bereichen – ganz auf der Wellenlänge der westlichen Staaten und insofern wundert es auch nicht, dass sich beide Seiten zügig gemeinsam daranmachen, Überlegungen für die Zukunft anzustellen. Erstmals erfuhr die Öffentlichkeit, dass in Deutschland Treffen der syrischen Opposition stattfinden, um konkrete Pläne für die Zeit nach dem Sturz Assads auszuarbeiten, durch einen FAZ-Bericht Ende Mai 2012. In ihm hieß es, man mache sich dabei „vorbeugend Gedanken über die Zukunft Syriens“.¹⁰⁵ Später wurden weitere Details geliefert: Bis zu 50 Oppositionelle würden sich seit Januar 2012 in den Räumen der regierungsnahen „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP) treffen. Der Name des Projektes: „The day after: Supporting a democratic transition in Syria.“ Auch das „US Institute for Peace“, faktisch ein Ableger des US-Außenministeriums, sei mit an Bord: „Das deutsche Außenministerium und das State Department helfen mit Geld, Visa und Logistik. Direkte Regierungsbeteiligung gibt es wohlweislich nicht, damit die Teilnehmer nicht als Marionetten des Westens denunziert werden können.“¹⁰⁶ Alle Arbeiten gründeten auf der festen Überzeugung, dass Assad stürzen werde: „Wie kann der Übergang zu einem demokratischen Syrien organisiert werden? Das unweigerliche Ende des Regimes wird schlicht vorausgesetzt, als eine Art Arbeitshypothese.“¹⁰⁷

Nach Angaben von Steven Heydemann, dem im „US Institute for Peace“ für das Projekt zuständigen Mitarbeiter, sei während der Treffen ein konkreter Plan für die Übergangsphase erarbeitet worden. Einzelheiten des Planes sind nicht öffentlich, er wurde Heydemann zufolge jedoch vom „Syrischen Nationalrat“ angenommen, weshalb vieles dafür spricht, dass er sich mit den Vorstellungen deckt, die vom SNC am 24. Mai 2012 bei einem Treffen der „Freunde Syriens“ vorgelegt wurden.¹⁰⁸ In der diesbezüglichen SNC-Pressemitteilung heißt es, Osama Kadi, Direktor des Büros für Finanz- und Wirtschaftsfragen beim SNC, habe bei dem Treffen „die ökonomische Vision des SNC“ vorgestellt. Dazu gehöre es, die syrische Bevölkerung „von den ökonomischen Beschränkungen während des Assad-Regimes zu befreien.“ Eine künftige Regierung werde „eine freie Marktwirtschaft unterstützen.“ Man strebe eine „Reform des Finanzsektors an, um ein investitionsfreundliches Klima zu schaffen.“¹⁰⁹

In dem Dokument „Economic Discourse of the Syrian Revolution“ findet sich eine halbwegs ausführliche Beschreibung der wirtschafts-

politischen Vorstellungen des „Syrischen Nationalrats“. Offenbar geht es ihm vor allem darum, den von Assad eingeschlagenen Liberalisierungskurs noch konsequenter voranzutreiben. Anders lässt sich folgende Passage kaum deuten, in der als Ziel formuliert wird: „Die *ernsthafte* Anwendung von Politiken der sozialen Marktwirtschaft, wie sie im 10. Fünfjahresplan angenommen wurden.“ Weiter gehe es wiederum darum, „internationale Investitionen anzulocken, um die syrische Wirtschaft zu stimulieren“, die „Privatbanken zu revitalisieren“ und den „Bereich der staatlichen Unternehmen zu reformieren, um ihre Effizienz zu gewährleisten.“¹¹⁰

Obwohl der Verweis auf eine „soziale“ Marktwirtschaft auch positiv gedeutet werden könnte, klingen die wirtschaftlichen Visionen des SNC sehr nach dem üblichen neoliberalen Einheitsbrei. Dafür spricht auch, dass die wirtschaftlichen Pläne des SNC beim Treffen der „Freunde Syriens“ Ende Mai 2012 ausdrücklich begrüßt wurden. Gleichzeitig wurden dort Fahrplan und Struktur des weiteren Vorgehens festgelegt – mit Deutschland ganz vorne im Fahrersitz. Hierfür wurde eine Arbeitsgruppe „Wirtschaftlicher Wiederaufbau und Entwicklung“ gegründet: „In Abu Dhabi wurden innerhalb des Arbeitskreises Wirtschaft vier ‚Körbe‘ als Unterarbeitskreise eingerichtet, die jeweils ein Staat oder eine Organisation führt. Großbritannien leitet den ersten Korb zu den unmittelbaren Maßnahmen nach einem Wechsel in Damaskus. In ihm wird erörtert, welches Land nach einem Wechsel in Damaskus welche Maßnahme übernehmen wird. Im zweiten Korb wird die EU-Kommission die Koordinierung der internationalen Geber übernehmen. Zunächst sollen die Mechanismen für die künftig erforderlichen Geber festgelegt werden. Deutschland ist für den dritten Korb zur Wirtschaftspolitik und den Wirtschaftsreformen zuständig. Dabei sollen langfristige Strategien und Maßnahmen für den Übergang von einer zentral geleiteten Wirtschaft in eine Marktwirtschaft erarbeitet werden. Die Vereinigten Arabischen Emirate leiten den vierten Korb zur Einbindung der privaten Unternehmen und deren Vorbereitung auf die Marktwirtschaft.“¹¹¹

Den Vorsitz der Arbeitsgruppe „Wirtschaftlicher Wiederaufbau und Entwicklung“ – und damit mutmaßlich die Verantwortung für die Koordination der verschiedenen Vorhaben – hat Deutschland (zusammen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten) inne. Das Sekretariat der Arbeitsgruppe ist in Berlin ansässig, es wird vom früheren Leiter des Büros der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in Afghanistan, Gunnar Wälzholz, geleitet und mit einem Anfangsbudget von 1,2 Mio. Euro ausgestattet: „[Das] Sekretariat arbeitet eng mit Mitgliedern des Syrischen Nationalrats (SNC) zusammen.“¹¹² Auf was diese „Zusammenarbeit“ konkret hinausläuft, offenbart eine Meldung des Auswärtigen Amtes. Augenscheinlich geht es darum, dass die syrische Opposition im Rahmen der Arbeitsgruppe unter westlicher Anleitung – oder besser: Aufsicht - ihre Wirtschaftsagenda ausarbeiten soll: „Sie [soll] der syrischen Opposition die Möglichkeit geben, sich mit Beratung durch die internationale Gemeinschaft ein wirtschaftspolitisches Profil zu erarbeiten.“¹¹³

7. Verrat an der Revolution!

Von amerikanischer Seite her bemüht man sich nicht einmal, die geostrategischen Interessen, die hinter den Forderungen nach einem Regimewechsel in Syrien stecken, zu verheimlichen. Wiederholt gaben hochrangige US-Vertreter an, es gehe vor allem darum, die „Schiitische-Achse“ (Iran, Syrien und Hizbollah/Libanon) zu schwächen. So äußerte sich John McCain, einer der einflussreichsten US-Senatoren, vor dem Streitkräfteausschuss des US-Kongresses folgendermaßen: „Der Sturz des Assad-Regimes würde die Lebenslinie der Hizbollah in den Iran durchtrennen, eine langjährige Bedrohung Israels beseitigen, die Souveränität und Unab-

hängigkeit des Libanon stärken und dem iranischen Regime eine strategische Niederlage zufügen. Er wäre ein geostrategischer Erfolg ersten Ranges. Mehr als all die überzeugenden moralischen und humanitären Gründe liegt hier die Ursache, weshalb Assad nicht erlaubt werden kann, erfolgreich zu sein und an der Macht zu bleiben: Wir haben ein klares nationales Sicherheitsinteresse an seiner Niederlage. Und das allein sollte uns dazu ermuntern, beachtliche Risiken einzugehen, um dieses Ziel erreichen zu können.“¹¹⁴

Wie stark die vor allem für die USA nachgewiesenen Subversions-tätigkeiten zum Ausbrechen des Aufstandes beigetragen haben, lässt sich schwer beurteilen¹¹⁵, in jedem Fall will Washington die sich seit Februar 2011 bietende Gelegenheit nutzen, um sich des missliebigen Regimes endgültig zu entledigen. Für die Bundesregierung stellte sich vor diesem Hintergrund die Frage, ob sie sich, wie zuvor in Libyen, erneut – weitgehend – aus dem Konfliktgeschehen heraushalten will oder nicht. Die Antwort hierauf fiel eindeutig aus. Denn die Nicht-Beteiligung am Libyen-Krieg hat Deutschland – zumindest aus Sicht großer Teile der Elite - enorm geschadet. Solch ein Desaster darf sich deshalb, geht es etwa nach den Vorstellungen von Markus Kaim von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“, unter keinen Umständen in Syrien wiederholen. Im führenden deutschen Außenpolitikmagazin forderte er deshalb – natürlich aus rein moralischen Erwägungen -, dass Deutschland sich mit allen, notfalls auch militärischen Mitteln dort engagieren müsse: „Bundestag und Bundesregierung sollten sich darauf vorbereiten, dass die Frage einer deutschen Beteiligung an einem internationalen Militärengagement in Syrien von Partnerländern innerhalb wie außerhalb der NATO an sie herangetragen werden könnte, und bereits frühzeitig die deutsche Rolle dabei konkret festlegen. Ein schlichtes ‘Ohne uns‘ würde die moralische Glaubwürdigkeit deutscher Außenpolitik massiv unterminieren und die Partner der Bundesrepublik (erneut) fragen lassen, welche Lasten Deutschland denn in der internationalen Politik zu schultern bereit sei.“¹¹⁶

Um „Moral“ geht es hierbei allerdings keineswegs, wie ein überraschend deutlicher FAZ-Artikel über die geostrategischen Hintergründe des Konfliktes untermauert: „Man kann nur staunen über das Ausmaß an fast schon sträflicher Naivität oder auch nur schlichter Ignoranz, das viele Beurteiler der Syrien-Krise an den Tag legen, vor allem, wenn es darum geht, die Hintergründe für das zähe Tauziehen im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zwischen Amerika und den westlichen Mächten einerseits, Russland und China andererseits aufzuhellen. Folgt man der Darstellung des Konflikts in weiten Teilen der westlichen Welt, dann scheint es sich lediglich um die Frage zu handeln, ob es gelingt, die syrische Bevölkerung von einem blutigen Diktator zu befreien. [...] Der aktuelle Konflikt um ein Eingreifen oder Nicht-Eingreifen in den syrischen Bürgerkrieg ist deshalb so brisant, weil sich in dieser Frage der Gegensatz zwischen zwei radikal unterschiedlichen geostrategischen und weltpolitischen Konzeptionen manifestiert. Den Amerikanern und der westlichen Seite geht es nicht oder nicht vorrangig darum, der bedauernswerten syrischen Bevölkerung zu helfen, sondern um *Einflussnahme auf die Neugestaltung des Landes nach einem voraussichtlichen Sturz des derzeitigen Regimes*, obwohl man mit diesem bisher stets gut zusammenarbeiten konnte.“¹¹⁷

Die deutsche Zurückhaltung beim Libyen-Krieg hat die Aussichten der einheimischen Konzerne, vom extrem lukrativen „Wiederaufbau“ des Landes zu profitieren, erheblich beeinträchtigt. Deshalb will man nun in Syrien „Einflussnahme auf die Neugestaltung des Landes“ nehmen, vor allem auch, da mit dem Konflikt grundlegende Veränderungen der mittelöstlichen Machtbalance einhergehen könnten – hier will Berlin auf keinen Fall erneut machtpolitisch im Abseits stehen. Durch den Vorsitz der Arbeitsgruppe Wiederaufbau ist man hierfür nun bestens positioniert,

auch und gerade wenn es darum geht, sicherzustellen, dass der syrische Liberalisierungskurs fortgesetzt wird. Das deutsche Engagement wird augenscheinlich auch vonseiten der designierten künftigen Machthaber im SNC goutiert: „Die Bundesregierung zieht mit der Förderung der syrischen Opposition Konsequenzen aus der Fehlentscheidung, im Libyenkonflikt mit Russland und China gegen eine Intervention gestimmt zu haben. [...] Alle Beteiligten, heißt es, sind sich dessen bewusst. Dass Deutschland sich diesmal aufrichtig bemüht hat.“¹¹⁸

Aufrichtig bemüht ist Deutschland jedoch allein um seine strategischen und ökonomischen Interessen. Um sie durchzusetzen, wird die soziale Revolution in Syrien – und anderswo – bereitwillig ans Messer geliefert.

Anmerkungen

- 1 Vgl. etwa Marktwirtschaft für Syrien, German-Foreign-Policy.com, 30.05.2012.
- 2 Dahi, Omar S./Muni, Yasser: Aufstände in Syrien: Auf der Suche nach der Schnittmenge – zwischen Autoritarismus und Neoliberalismus, in: inamo Nr. 68, Winter 2011, S. 58-64: http://www.inamo.de/tl_files/dossiers/dahi-munif_inamo-68-2011.pdf
- 3 Sen, Kasturi/Faisal, Waleed al: Syria Neoliberal Reforms in Health Sector Financing: Embedding Unequal Access? in: Social Medicine, Vol 6, No 3 (2012), S. 171-182, S. 171.
- 4 In Zeiten des Kalten Krieges waren die machtpolitischen Spielräume der Europäischen Union extrem eingeschränkt. Verantwortlich hierfür war die - zumindest so empfundene – existenzielle Bedrohung durch die Sowjetunion, der die EU-Staaten allein wenig entgegenzusetzen hatten. Dies machte die Vereinigten Staaten zwangsläufig zur unbestrittenen Hegemonialmacht im westlichen Bündnis. Ohnehin galt darüber hinaus der „deutschen Frage“, der Einbindung des deutschen Machtstrebens, in den Anfangsjahren der Europäischen Union die Hauptaufmerksamkeit, weshalb die „innere Integration“ im Vordergrund stand. Diese „Strukturdeterminanten“ ließen der Europäischen Union lange Zeit wenige Möglichkeiten, ihre Macht- und Einflussphäre massiv auszuweiten. Mit dem Untergang der Sowjetunion, dem – schrittweisen – Machtverlust der Vereinigten Staaten sowie der deutschen Wiedervereinigung veränderten sich alle bisherigen Rahmenbedingungen ab Anfang der 1990er Jahre grundlegend. Vgl. Bieling, Hans-Jürgen: Die Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der Europäischen Union, Wiesbaden 2010, S. 51ff.
- 5 Inwieweit politische und wirtschaftliche Interessen dabei identisch waren bzw. sind, mag an dieser Stelle dahingestellt bleiben, in jedem Fall waren sie deckungsgleich: „Weil die politischen Machtambitionen der EU sich mit der Interessenlage der Großkonzerne der Wirtschaft eng verfilzen, [sind] Schwerpunkte und Richtungen der außenpolitischen Strategien [...] deckungsgleich mit denen der Expansionsstrategien der Konzerne.“ (Binus, Gretchen: Europäische Union: Konzernentwicklung und EU-Außenpolitik, Die Linke im Bundestag, Juni 2010, S. 10).
- 6 Vgl. etwa Zielonka, Jan: Europe as Empire: The Nature of the Enlarged European Union, New York 2006; Münkler, Herfried: Imperien. Die Logik der Weltherrschaft, Bonn 2005; Beck, Ulrich/Grande, Edgar: Das kosmopolitische Europa, Frankfurt am Main 2007; Alan Posener: Imperium der Zukunft. Warum Europa Weltmacht werden muss. München 2007. Siehe kritisch Wissel, Jens: Second Empire. Zu den Europäischen Welt(un)ordnungspolitischen Ambitionen, in: Brink, Tobias ten (Hg.): Globale Rivalitäten, Stuttgart 2011, S. 183-202.
- 7 „Dimensionen eines Imperiums“, Interview mit José Manuel Barroso, Die Welt, 17.10.2007.
- 8 Vgl. zu den Imperiums-Definitionen Zielonka, Jan: Empires and the Modern International System, in: Geopolitics, Volume 16, Issue 3 (2012), S. 502-525.
- 9 Auf den „Big Bang“ der EU-Osterweiterung folgte lediglich die Aufnahme Rumäniens und Bulgariens (1. Januar 2007). Der Beitrittsvertrag mit Kroatien wurde im Dezember 2011 unterzeichnet, die formale Aufnahme soll 2013 erfolgen.
- 10 Leaman, Jeremy: Hegemonialer Merkantilismus: Die ökonomische Doppelmoral der Europäischen Union, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2008, S. 76-90, S. 77.
- 11 Vgl. Hofbauer, Hannes: EU-Osterweiterung. Historische Basis - ökonomische Triebkräfte - soziale Folgen, Wien 2007.
- 12 „Die Abfolge dieses Prozesses sei nur kurz in Erinnerung gerufen: Anfangs stand jeweils eine hyperinflationäre Phase, die außer in der Tschechoslowakei und in Ungarn überall dreistellig gewesen war und einer Enteignung jener gleichkam, die nichts als Sparbuch und Arbeitskraft zur Verfügung hatten. Sie diente dazu, im Kommunessystem angehäuften Konsumversprechen zu eliminieren, um den nun als Markt konzipierten Platz wirtschaftlichen Austausches, von Altlasten geräumt, an ausländische Investoren übergeben zu können. Für deren Sicherheit mußte Währungskonvertibilität garantiert werden, was im Anschluß an die Hyperinflation per Schocktherapie passierte. Diese gewährleistete den radikalen Abbau von Subventionen für staatliche Unternehmen, Wohnen, Nahrungsmittel etc. Der Herstellung von Märkten inklusive Arbeitsmärkten folgte durch unterschiedliche Privatisierungsmodelle der vollständige Eigentümerwechsel und dessen rechtliche Absicherung durch den sogenannten Acquis communautaire, den rechtlichen Besitzstand der zur Union mutierten Europäischen Gemeinschaft. Mit dem Kopenhagener Gipfel im Dezember 2002 war die periphere Anbindung ehemaliger sozialistischer Staaten an die Brüsseler Union bewerkstelligt. [...] Spätestens mit der Weltwirtschaftskrise des Jahres 2008 hat die Mär von der nachholenden Entwicklung unter kapitalistischen Bedingungen in Osteuropa (die auch schon unter sozialistischen nicht geklappt hatte) ihre Strahlkraft eingebüßt. [...] Die mechanistischen Modernisierungsmodelle, nach denen Mitte der 1990er Jahre vorhergesagt wurde, daß z.B. Polen 23 Jahre brauchen würde, um das durchschnittliche Entwicklungsniveau der EU-15 zu erreichen, wurden revidiert. Nun lautet die neue Prognose gut 15 Jahre später, es würde nochmals 20 Jahre brauchen, um auf das Durchschnittsniveau der EU-27 zu gelangen. Soziale Indikatoren kommen in solchen Rechenspielen ohnehin nicht vor.“ (Hofbauer, Hannes: Brüsseler Despotie. Hintergrund. Aggressiver Euro-Imperialismus: Ist das der alte Kolonialismus? junge Welt, 10.04.2012).
- 13 Vgl. Wagner, Jürgen: Brüssel, das neue Rom? Ostexpansion, Nachbarschaftspolitik und das Empire Europa, Studien zur Militarisierung Europas, 36/2008.
- 14 Georg Vobruba: Expansion ohne Erweiterung. Die EU-Nachbarschaftspolitik in der Dynamik Europas, in: Osteuropa 2-3/2007, S. 7-20.
- 15 Um genau zu sein, umfasst die ENP die Palästinensische Autonomiebehörde und folgende 15 Länder: Algerien, Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Ägypten, Georgien, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Moldawien, Marokko, Syrien, Tunesien und die Ukraine.
- 16 Ferrero-Waldner, Benita: „Europa als globaler Akteur – Aktuelle Schwerpunkte Europäischer Außen- und Nachbarschaftspolitik“, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Berlin, den 24. Januar 2005.
- 17 Dies ist nicht weiter verwunderlich, wurden doch dieselben zuvor für die EU-Osterweiterung zuständigen Beamten anschließend mit der Ausgestaltung der ENP betraut. Konzepte wurden dabei sogar so stur eins zu eins übernommen, dass teilweise sogar peinlicherweise vergessen wurde, die Namen der osteuropäischen Staaten durch die der ENP-Länder zu ersetzen. Vgl. Kelley, Judith: New Wine in Old Wineskins: Promoting Political Reforms through the New European Neighbourhood Policy, JCMS, Nr. 1/2006, S. 29-55, S. 33.
- 18 Mitteilung der Kommission: Größeres Europa - Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Partnern, Brüssel, den 11.3.2003 KOM (2003) 104.
- 19 Vgl. Bauer, Patricia: The Transition of Egypt in 2011: A New Springtime for the European Neighbourhood Policy? in: Perspectives on European Politics and Society, Nr. 4/2011, S. 420-439.
- 20 Henk van Houtum/Freerk Boedeltje: Brussels is Speaking: The Adverse Speech Geo-Politics of the European Union Towards its Neighbours, in: Geopolitics, Volume 16, Issue 1 (2011), S. 130-145, S. 131.
- 21 Vgl. Bicch, Federica: „Our size fits all“: normative power Europe and the Mediterranean, in: Journal of European Studies, March 2006, S. 286-303, S. 294.

- 22 Vgl. Hinnebusch, Raymond: Europe and the Middle East: From Imperialism to Liberal Peace? in: Review of European Studies Vol. 4, No. 3, July 2012, S. 18-31, S. 23.
- 23 Dort ist sie sogar noch ausgeprägter, da für die östlichen Länder wie etwa die Ukraine eine Aufnahme in die Europäische Union zumindest perspektivisch nicht kategorisch ausgeschlossen wird.
- 24 Hinnebusch 2012, S. 24.
- 25 Größeres Europa (KOM (2003) 104), S. 10.
- 26 Hinnebusch 2012, S. 18 und 28.
- 27 So attestiert der ehemalige Kommentarchef der Welt am Sonntag, Alan Posener, der ENP durchaus wohlwollend: „Auf die Feinheiten der Europäischen Nachbarschaftspolitik kommt es hier nicht an, sondern auf die Feststellung, dass Europa, von seinen eigenen Bürgern fast unbemerkt, bereits eine imperiale Politik des ‚Größeren Europa‘ betreibt; und dass es dabei das typische Merkmal aller Imperien entwickelt, nämlich eine Asymmetrie und ein Spannungsverhältnis zwischen Zentrum und Peripherie.“ (Posener, Alan: Imperium der Zukunft. Warum Europa Weltmacht werden muss, München 2007, S. 101)
- 28 Kuus, Merje: Policy and Geopolitics: Bounding Europe in EUrope, Annals of the Association of American Geographers, 101:5 (2011), 1140-1155, S. 1148.
- 29 Ebd., S. 1150.
- 30 Ebd., S. 1149.
- 31 Größeres Europa (KOM (2003) 104), S. 10.
- 32 Vgl. etwa Reynaert, Vicky; Preoccupied with the Market: The EU as a Promoter of ‘Shallow’ Democracy in the Mediterranean, in: European Foreign Affairs Review, Nr. 16/2011, S. 623-637; Brand, Martin: Die Europäische Nachbarschaftspolitik – ein neoliberales Projekt?, in: Utopie kreativ, H. 217 (November 2008), S. 988-1006.
- 33 Vgl. etwa Dostal, Jörg Michael: The European Union’s Role in the Debate on Economic Reform in Syria, Given at the 58th Political Studies Association Annual Conference Swansea University, Wales, 1-3 April 2008; Hinnebusch 2012.
- 34 Scarpetta, Vincenzo/Swidlicki, Pawel: The EU and the Mediterranean: good neighbours? in: open Europe, Mai 2011, S. 16.
- 35 Dimitrovova, Bohdana: Imperial re-bordering of Europe: the case of the European Neighbourhood, in: Cambridge Review of International Affairs, Nr. 2/2012, S. 249-267, S. 254. Siehe auch Reynaert 2012, S. 630: “Wirtschaftliche Liberalisierung, die stark seitens der EU unterstützt wurde [...], führte zu wirtschaftlichen und politischen Ungleichheiten oder ungleichem Zugang zum demokratischen Prozess, der Gesellschaften prägt. Heute ist diese Ungleichheit, zusammen mit der fehlenden Freiheit, die wesentliche Ursache für die Revolutionen und Proteste in der Region.“
- 36 Hinnebusch 2012, S. 26.
- 37 EU-Syrien: Abschluss der Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen, Brüssel, den 10. Dezember 2003: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2003/december/tradoc_115350.pdf
- 38 Dostal 2008, S. 29 und 31: <http://www.psa.ac.uk/journals/pdf/5/2008/Dostal.pdf>
- 39 Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die Unterzeichnung und die vorläufige Anwendung einiger Bestimmungen des Europa-Mittelmeer-Assoziationsabkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Arabischen Republik Syrien andererseits im Namen der Europäischen Gemeinschaft, Brüssel, den 17.12.2004 KOM (2004) 808 (Die im Text folgenden Artikelnummern beziehen sich auf diese Quelle).
- 40 Dostal 2008, S. 17.
- 41 Vgl. Zorob, Anja: An Agreement Surrounded by Uncertainty, Syria Today, March 2009: http://www.syria-today.com/index.php?option=com_content&view=article&id=608:an-agreement-surrounded-by-uncertainty&catid=33:business-features&Itemid=8
- 42 Das Assoziationsabkommen mit Syrien entsprach im wirtschaftlichen Bereich dem üblichen Schema, ging allerdings was Forderungen zur Zusammenarbeit insbesondere in der Terrorbekämpfung anbelangte, über die Standardpassagen hinaus.
- 43 Vgl. Hinnebusch 2012, S. 26.
- 44 Die ursprüngliche “Achse des Bösen” wurde in einer Rede des damaligen US-Präsidenten George W. Bush im Januar 2002 definiert und umfasste den Irak, Nordkorea und den Iran. Anfang Mai 2002 erweiterte der damalige Staatssekretär im Außenministerium, John Bolton, besagte Achse um Libyen, Syrien und Kuba und drohte diesen Ländern ebenfalls mit militärischen Angriffen. Vgl. Bolton, John R.: Beyond the Axis of Evil: Additional Threats from Weapons of Mass Destruction, The Heritage Foundation Lectures, 06.05.02, S. 7.
- 45 Vgl. Dostal 2008, S. 20.
- 46 Vgl. Hinnebusch 2012, S. 26.
- 47 Vgl. Verwirrung um Assoziierungsabkommen mit Syrien, euractiv, 14.10.2009.
- 48 Dostal 2008, S. 23.
- 49 Ebd., S. 15.
- 50 Vgl. etwa Landis, Joshua: The Syrian Uprising of 2011: Why the Asad Regime Is Likely to Survive to 2013, in: Middle East Policy, Volume 19, Issue 1 (Spring 2012), S. 72–84; Shaoul, Jean/Marsden, Chris: The bitter legacy of Syria’s Hafez al-Assad, World Socialist Web Site, 16.06.2000.
- 51 Reynaert 2011, S. 628.
- 52 Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument Arabische Republik Syrien: Länderstrategiepapier 2007-2011, S. 26: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_csp_nip_syria_de.pdf
- 53 Ebd.
- 54 Ebd.
- 55 Ebd., S. 29.
- 56 Ebd.
- 57 Vgl. zum Ausverkauf der osteuropäischen Staatsbetriebe Hofbauer 2007.
- 58 Länderstrategiepapier 2007-2013, S. 30.
- 59 European Neighbourhood and Partnership Instrument Syrian Arab Republic: National Indicative Programme 2011-2013, S. 7: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/2011_enpi_nip_syria_en.pdf
- 60 Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument Arabische Republik Syrien: Revidiertes Nationales Richtprogramm 2008-2010, S. 10: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_nip_0810_syria_de.pdf.
- 61 Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument Arabische Republik Syrien: Nationales Richtprogramm 2007-2010, S. 42: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_csp_nip_syria_de.pdf
- 62 National Indicative Programme 2011-2013, S. 19.
- 63 Länderstrategiepapier 2007-2013, S. 21.
- 64 Ebd., S. 22.
- 65 National Indicative Programme 2011-2013, S. 6.
- 66 Länderstrategiepapier 2007-2013, S. 21f.
- 67 About ISMF: <http://ismf-eusy.org/ismf/en/about.php>
- 68 21 Mio. Euro bezahlte die EU und 1,5 Mio. Euro Syrien.
- 69 Seifan, Samir: Enhancing Syrian Government’s Implementation and Monitoring of the EU-Syria Association Agreement (E002-08-05), August 2005, S. 2: http://ismf-eusy.org/ismf_reports/Reports/E002-08-05.pdf
- 70 Ebd., S. 3.
- 71 Ebd., S. 3.
- 72 Vennen, Thomas: Legal and Regulatory Framework Conducive to Commercial and Investment Activity in Syria Required by the EU-Syrian Association Agreement (E008-08-05), August 2005, S. 120.
- 73 Marktwirtschaft für Syrien, German-Foreign-Policy.com, 30.05.2012.
- 74 Blechmann, Ronny/Reiher, Stefanie: Syrien sucht Paradigma, in: Entwicklung und Zusammenarbeit Nr. 3/2009, S. 112-115: http://www.dandc.eu/articles/092447/index_p.de.shtml
- 75 Ebd.
- 76 Sen/Faisal 2012, S. 174.
- 77 European-Syrian Relations, S. 33: http://eeas.europa.eu/delegations/syria/documents/content/more_info/annual_report_en.pdf
- 78 Sen/Faisal 2012, S. 180.
- 79 Vgl. ebd.
- 80 Dahi/Muni 2011.
- 81 Deutsch-Arabische Industrie- und Handelskammer: Länderprofil Syrien (Stand: 12/2010): http://www.ghorfa.de/fileadmin/inhalte/laenderprofile/ueberblick_Syrien.pdf

- 82 Matar, Linda: The Socioeconomic Roots of the Syrian Uprising, MEI Insights Nr. 58, 26.03.2012, S. 2: <http://www.mei.nus.edu.sg/wp-content/uploads/2012/03/Download-Insight-58-Matar-HERE.pdf>
- 83 Marktwirtschaft für Syrien, German-Foreign-Poolicy.com, 30.05.2012.
- 84 Matar 2012, S. 2f.
- 85 Dahi/Muni 2011.
- 86 National Indicative Programme 2011-2013, S. 4.
- 87 Vgl. Dostal 2008, S. 22.
- 88 Dahi/Muni 2011. Vgl. auch Matar 2012, S. 2f.
- 89 Vgl. Dostal 2008, S. 30; Dahi/Muni 2011.
- 90 European Neighbourhood and Partnership Instrument Syrian Arab Republic National Indicative Programme 2011-2013, S. 5 und 9.
- 91 Ebd., S. 3.
- 92 Vgl. Wagner, Jürgen: Syrien: Die Militarisierung der Proteste und die strategische Unvernunft der Gewalt, in: AUSDRUCK (April 2012), S. 11-17.
- 93 Vgl. Dostal 2008, S. 18.
- 94 Francis, Ghadi: Dardari: Der Trojaner des neoliberalen Syrien, in: inamo, Nr. 70, Sommer 2012 (engl. Fassung: <http://english.al-akhbar.com/node/2097>).
- 95 Vgl. Sen/Faisal 2012, S. 171; Matar 2012, S. 2; Dahi/Muni 2011.
- 96 Ebd.
- 97 Europäische Kommission, Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik: Eine Partnerschaft mit dem südlichen Mittelmeerraum für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand, Brüssel, den 08.03.2011, KOM (2011) 200. Gemeinsame Mitteilung der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik und der Europäischen Kommission: Eine neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel, Brüssel, den 25.5.2011 KOM (2011) 303.
- 98 Eine Partnerschaft mit dem südlichen Mittelmeerraum für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand (KOM (2011) 200, S. 10. „Als gemeinsames mittel- bis langfristiges Ziel wurde in den Gesprächen mit den südlichen Mittelmeerpartnern auf regionaler und bilateraler Ebene der Abschluss tiefgreifender und umfassender Freihandelsabkommen vereinbart [...] Die Abkommen sollten über die Abschaffung von Zöllen hinausgehen und schrittweise eine engere Integration zwischen den Volkswirtschaften der südlichen Mittelmeerpartnern [sic!] und dem EU-Binnenmarkt fördern u.a. durch Maßnahmen wie Angleichungen im Regulierungsbereich. Besonderer Vorrang sollte Bereichen wie Wettbewerbspolitik, öffentliches Auftragswesen, Schutz von Investitionen und tier- und pflanzengesundheitlichen Maßnahmen eingeräumt werden.“ (ebd.)
- 99 Vgl. EU to spend billions more on Arab revolutions, EUobserver, 07.12.11. Ebd., S. 5.
- 101 Vgl. etwa Lösing, Sabine/Wagner, Jürgen: Neuausrichtung der Nachbarschaftspolitik. EUropas neoliberale Offensive an der südlichen Peripherie, in: Wissenschaft & Frieden 4/2011; Reynaert 2011, S. 635.
- 102 ENP Package – Syria , MEMO/12/342, Brussels, 15 May 2012: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/342&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>
- 103 Vgl. Skelton, Charlie: The Syrian opposition: who's doing the talking? Guardian, 12.07.2012.
- 104 Vgl. Wagner 2012.
- 105 Herrmann, Rainer: Assad verbreitet Zuversicht, FAZ, 25.05.2012.
- 106 Das neue Syrien kommt aus Wilmersdorf, Die Zeit, 26.06.2012. Darüber hinaus beteiligten sich auch das schweizerische Außenministerium sowie holländische und norwegische Nichtregierungsorganisationen finanziell. Vgl. Rogin, Josh: Inside the quiet effort to plan for a post-Assad Syria, Foreign Policy (The Cable), 20.07.2012: http://thecable.foreignpolicy.com/posts/2012/07/20/inside_the_secret_effort_to_plan_for_a_post_assad_syria
- 107 Das neue Syrien kommt aus Wilmersdorf, Die Zeit, 26.06.2012.
- 108 Heydemann, Steven: The end game in Syria, Foreign Policy (The Cable), 11.07.2012: http://mideast.foreignpolicy.com/posts/2012/07/11/the_end_game_in_syria
- 109 SNC Presents its Vision for the Reconstruction of the Syrian Economy, 25.05.2012: <http://www.syriancouncil.org/en/news/item/683-snc-presents-its-vision-for-the-reconstruction-of-the-syrian-economy.html>
- 110 Finance and Economic Affairs Bureau Economic Discourse of the Syrian Revolution: The Potential Miracle of the Syrian Economy: <http://www.scpss.org/libs/spaw/uploads/files/Economy/Economic%20discourse%20EN-Final.pdf> (Hervorhebung JW).
- 111 Herrmann, Rainer: Assad verbreitet Zuversicht, FAZ, 25.05.2012.
- 112 Bickel, Markus: Bundesregierung erarbeitet Marshallplan für Syrien, FAZ, 18.07.2012.
- 113 Langfristige Hilfe für Syrien, Auswärtiges Amt, 24.07.2012: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Aktuelle_Artikel/Syrien/120719_Syrien_Aufbau_Wirtschaft.html?nn=382590
- 114 Remarks by Senator John McCain on the Situation in Syria, 05.03.2012: http://mccain.senate.gov/public/index.cfm?FuseAction=PressOffice.FloorStatements&ContentRecord_id=e460be36-c488-e7de-8c38-64c3751adfce (10.03.2012).
- 115 Vgl. Wagner 2012, S. 3.
- 116 Kaim, Markus: Interventionsoptionen. Käme es zu einer Militärintervention, stünde Deutschland in der Pflicht, in: Internationale Politik, Mai/Juni 2012, S. 72-76.
- 117 Kraus, Hans-Christof: Und ihr denkt, es geht um einen Diktator, FAZ, 24.07.2012.
- 118 Das neue Syrien kommt aus Wilmersdorf, Die Zeit, 26.06.2012. In Wahrheit haben sich Deutschland, Russland und China bzgl. der Resolution 1973, die als Vorwand für den Krieg gegen Libyen genutzt wurde, im Sicherheitsrat enthalten und nicht dagegengestimmt.

Information

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer ist: 1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20)

Adresse:

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Hechingerstr. 203
72072 Tübingen
Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de



Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. wieder.